SEESTADT BREMERHAVEN

Stadtverordnetenversammlung

Niederschrift

über die
16. öffentliche Sitzung
in der 21. Wahlperiode

am 04.09.2025

21. Wahlperiode 2023-2027

Anwesenheitsliste:

Vorstand
Herr Stadtverordnetenvorsteher von Haaren (SPD)
Frau Stadtverordnete von Twistern (CDU), Erste Beisitzerin
Herr Stadtverordneter Dr. Hammann (SPD), Beisitzer
Frau Stadtverordnete Schiller (Bündnis 90/ Die Grünen+P), Beisitzerin

SPD-Fraktion
Herr Stadtverordneter Allers
Frau Stadtverordnete Batz
Frau Stadtverordnete Böttger-Türk
Herr Stadtverordneter Caloglu
Frau Stadtverordnete Czak
Herr Stadtverordneter Hoffmann
Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner
Herr Stadtverordneter Ofcarek
Frau Stadtverordnete Ruser
Frau Stadtverordnete Wittig – bis 19:00 Uhr anwesend

CDU-Fraktion
Frau Stadtverordnete Dertwinkel
Frau Stadtverordnete Hilck
Frau Stadtverordnete Köhler-Treschok
Frau Stadtverordnete Milch
Herr Stadtverordneter Önal
Herr Stadtverordneter Raschen, MdBB
Herr Stadtverordneter Schott
Frau Stadtverordnete Steinbach
Herr Stadtverordneter Ventzke

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P
Herr Stadtverordneter Baumann-Duderstaedt
Herr Stadtverordneter Kaminiarz
Frau Stadtverordnete Zeeb – ab 16:30 Uhr anwesend

BD-Fraktion
Frau Stadtverordnete Brinkmann
Herr Stadtverordneter Stark
Herr Stadtverordneter Teichert
Frau Stadtverordnete Tiedemann, MdBB
Herr Stadtverordneter Timke, MdBB

WfB-Fraktion
Frau Stadtverordnete Baltrusch
Herr Stadtverordneter Schäfer

FDP-Fraktion
Herr Stadtverordneter Freemann
Herr Stadtverordneter Miholic

Fraktion DIE MÖWEN
Frau Stadtverordnete Knorr
Herr Stadtverordneter Secci

AfD-Gruppe
Herr Stadtverordneter Jürgewitz
Herr Stadtverordneter Koch

Die Linke - Einzelstadtverordneter Muhlis Kocaaga
Herr Stadtverordneter Kocaaga, MdBB

Einzelstadtverordneter Sven Lichtenfeld
Herr Stadtverordneter Lichtenfeld, MdBB

Einzelstadtverordneter Sascha Schuster
Herr Stadtverordneter Schuster, MdBB

Entschuldigt:
Frau Stadtverordnete Ax (WfB)
Frau Stadtverordnete Brand (DIE MÖWEN)
Frau Stadtverordnete Coordes (B‘90/DIE GRÜNEN+P)
Frau Stadtverordnete Kargoscha (CDU)
Herr Stadtverordneter Litau (FDP)
Herr Stadtverordneter Viebrok (SPD)

Schriftführung:
Herr Jährling (Büro der Stadtverordnetenversammlung)
Herr Littmann (Büro der Stadtverordnetenversammlung)

Magistrat:
Oberbürgermeister Grantz – ab 17:47 Uhr anwesend
Bürgermeister Neuhoff
Stadtrat Busch – ab 16:15 Uhr anwesend
Stadtrat Charlet
Stadträtin Eulig
Stadtrat Günthner
Stadtrat Heinrich
Stadtrat Prof. Dr. Hilz
Stadtrat Holz
Stadträtin Kathe-Heppner
Stadtrat Parpart
Stadtrat Skusa
Stadträtin Toense

Verwaltung:
Magistratsdirektor Polansky
Schröder (Stellv. Pressesprecher)
Meyer (Rechnungsprüfungsamt) – bis 16:41 Uhr anwesend
Reichert (Rechnungsprüfungsamt) – ab 17:22 Uhr anwesend
Emmerlich (Stadtkämmerei)
Dr. Fuchs (Rechts- und Versicherungsamt)

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN eröffnet die 16. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in der 21. Wahlperiode um 14:30 Uhr.

Er begrüßt die Zuhörenden am Radio sowie vor dem TV. Weiter begrüßt er die Presse und bittet, die Handys abzuschalten.

Er weist auf das Mitwirkungsverbot gemäß § 11 der Verfassung der Stadt Bremerhaven hin und stellt fest, dass die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist und die Sitzungsunterlagen entsprechend der Geschäftsordnung übersandt worden sind.

Er bittet darum, dass aufgrund des Livestreams keine personenbezogenen Daten Dritter genannt werden und dass eine Abmeldung bei der Schriftführung erfolgen möge, falls jemand die Sitzung vorzeitig verlässt und nicht wiederkommt.

Vor der Sitzung in das Ratsinformationssystem nachträglich eingepflegt bzw. an die Mitglieder verteilt, die nicht am elektronischen Sitzungsdienst teilnehmen:

	öffentlich	**TOP**	**Bezeichnung**
6	Anfragen nach § 39 GOStVV	1.7 1.8 1.9 1.10 1.11 1.12	FS 61/2025 FS 62/2025 FS 63/2025 FS 64/2025 FS 65/2025 FS 66/2025
11	Mitteilungen auf Anfragen nach § 39 GOStVV	1.2.1 1.3.1 1.4.1 1.5.1 1.6.1 1.7.1 1.8.1 1.9.1 1.10.1 1.11.1 1.12.1	MIT-FS 56/2025 MIT-FS 57/2025 MIT-FS 58/2025 MIT-FS 59/2025 MIT-FS 60/2025 MIT-FS 61/2025 MIT-FS 62/2025 MIT-FS 63/2025 MIT-FS 64/2025 MIT-FS 65/2025 MIT-FS 66/2025
4	Mitteilungen auf Anfragen nach § 38 GOStVV	6.2 6.3 6.4 6.5	MIT-AF 17/2025 MIT-AF 18/2025 MIT-AF 19/2025 MIT-AF 20/2025
	Aus der vergangenen Sitzung sind alle Anfragen beantwortet.		

Beschluss (Einfügen Tischvorlagen in Tagesordnung):
Die Stadtverordnetenversammlung stimmt zu.

Der Beschluss ergeht einstimmig.

Stadtverordnete TIEDEMANN:
Wir stehen heute vor einer wiederkehrenden höchst bedenklichen Entwicklung in der Sitzungsführung der Stadtverordnetenversammlung. Wie am 25. Mai diesen Jahres, damals wurde eine Vorlage im nicht öffentlichen Teil beraten, zu Unrecht, wie wir als Fraktion Bündnis Deutschland deutlich gemacht haben, und inzwischen auch gerichtlich überprüfen lassen. Heute haben wir einen ähnlich gelagerten Fall beziehungsweise drei ähnlich gelagerte Fälle, bei denen wir beantragen, dass sie aus dem nicht öffentlichen Teil in den öffentlichen Teil gerückt werden. Und ich würde dann einmal gerne die Begründung vorlegen beziehungsweise hier vortragen, weshalb wir der Meinung sind, dass diese Tagesordnungspunkte in den öffentlichen Teil gehören. Zunächst einmal Gegenstand unserer Klage ist der Versuch des Magistrats, unter Ausschluss der Öffentlichkeit über Inhalte zu verhandeln, die nach unserem

Rechtsverständnis und dem Geist demokratischer Transparenz sehr wohl in den öffentlichen Teil gehört hätten. Das ist relevant, weil wir heute erneut drei Vorlagen auf der Tagesordnung finden, die nach demselben Muster im nicht öffentlichen Teil versteckt werden sollen: TOP 3.2, TOP 3.3 und TOP 3.6, 3.6 ist in dem Fall eine Erweiterung der streitgegenständlichen Vorlage. Wir fordern daher ganz klar und mit Nachdruck, ziehen Sie diese Punkte in den öffentlichen Teil oder verschieben Sie sie, bis das laufende Klageverfahren abgeschlossen ist, auch wenn das lange dauern sollte. Worum geht es uns konkret? Unsere Argumentation basiert auf rechtsstaatlichen Grundsätzen. Und ist durch eine detaillierte Klageschrift untermauert. Es handelt sich bei den betreffenden Vorlagen nämlich nicht um geheime Personalfragen, nicht um Sicherheitsbelange, nicht um vertrauliche Vertragsinhalte mit Schutzinteresse Dritter, sondern um Sachverhalte, die unmittelbar die Verwendung öffentlicher Mittel und den Umgang mit städtischem Eigentum betreffen. Bürgerinnen und Bürger haben ein legitimes Interesse zu erfahren, wie ihre Stadt mit öffentlichem Eigentum, mit städtischem Beteiligungen und mit Millionenwerten umgehen. Es ist daher nicht akzeptabel, dass solche Entscheidungen ohne Einsichtsmöglichkeit der Öffentlichkeit vorbereitet und getroffen werden, denn sie betreffen uns alle. Das Recht verpflichtet die Kommune zu größtmöglicher Öffentlichkeit. Ausnahmen müssen konkret und rechtskonform begründet werden. Das sehen wir hier nicht. Wenn wir diesem Kurs weiter folgen, fördern wir Misstrauen, wenn wir ohne Notwendigkeit den Deckmantel der Geheimhaltung über solche Vorlagen legen, dann entsteht bei den Bürgerinnen und Bürgern der Eindruck, dass hier Deals im Hinterzimmer gemacht werden. Und nein, dieser Eindruck, ich will das gleich vorwegnehmen, bevor das gleich gesagt wird, entsteht nicht durch uns, die diesen Missstand benennen, sondern durch die intransparente Praxis selbst. Wir als gewählte Vertreter sind verpflichtet, öffentlich Kontrolle zu ermöglichen und nicht, sie zu umgehen. Unser Appell, die Menschen in Bremerhaven erwarten zu Recht, dass Politik nicht hinter verschlossenen Türen gemacht wird und besonders, wenn es um Millionenwerte, Beteiligungen und öffentliche Ressourcen geht. Wir fordern Sie daher nochmals auf, ziehen Sie die Tagesordnungspunkte 3.2, 3.3 und 3.6 in den öffentlichen Teil oder setzen Sie die Punkte aus, bis das Gericht entschieden hat. Ein sensibles Verfahren darf nicht durch politische Eile beschädigt werden. Denn eins ist sicher, wer Transparenz einfordert, gefährdet nicht die Demokratie, sondern er schützt sie.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:
Ihren Satz „das haben wir rechtlich prüfen lassen“, den kann ich aber so nicht stehen lassen, weil er zumindest suggeriert, dass hier das letzte Mal nicht rechtens gehandelt worden ist. Wir können, glaube ich, festhalten, Sie haben Klage eingereicht und es wird erst geprüft, aber nicht „wir haben es prüfen lassen“, sondern am Ende sind wir noch im Prüfungsverfahren.

Bürgermeister NEUHOFF:
Als Dezernent für das Rechtsamt zuständig, möchte ich Sie bitten, bei der Bewertung dieses Antrags von Bündnis Deutschland heute der Regelung treu zu bleiben. Es handelt sich sehr wohl um vertrauenswürdige Daten aus vertraglichen Angelegenheiten. Ich kann nicht erkennen, dass es ausschließlich bei den drei genannten Tagesordnungspunkten um eine Gesellschaft geht, deren Jahresabschluss sehr wohl der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Ich hätte das verstanden, wenn sinngemäß alle Grundstücksvorlagen, die es betrifft, in die Öffentlichkeit bringen, damit die Öffentlichkeit weiß, welche Grundstücksgeschäfte wir auch mit anderen Dritten machen. Von daher hinkt Ihr Vergleich. Ich bitte die Stadtverordnetenversammlung, diesen Antrag abzulehnen.

Stadtrat Parpart:
Ich möchte den Tagesordnungspunkt 3.3, Durchführung eines Aktionstages von der Tagesordnung nehmen, weil der entsprechende Betrag, um den wir gebeten haben, von der Dieckell-Stiftung übernommen worden ist, das ist eine Aktion in einem Bad. Also ich wollte den Tagesordnungspunkt deswegen zurücknehmen.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:
Ich unterbreche die Sitzung kurz für die Prüfung.

Unterbrechung von 14:43 Uhr bis 14:48 Uhr

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:
Bitte nehmen Sie Ihre Plätze wieder ein, damit wir die Sitzung fortsetzen können.
Der Vorstand hat sich beraten, und ich stelle fest, dass wir einhellig der Auffassung sind, dass Sie Ihren Antrag auf Überweisung aus dem nichtöffentlichen in den öffentlichen Teil hier begründet haben. Der Bürgermeister hat dazu eine entsprechende – ich nenne es einmal – Gegenrede gehalten, die sich auf die Frage der Überweisung in den öffentlichen Teil bezog. Damit haben Sie Ihren Antrag jedenfalls begründet. Ich stelle nun die Frage: Zielen Sie mit Ihrem Wortbeitrag darauf ab, einen neuen Antrag zu stellen oder auf die Rede des Bürgermeisters zu antworten beziehungsweise nochmals zu Ihrem bereits gestellten Antrag Stellung zu nehmen?

Stadtverordnete TIEDEMANN:
Eine ergänzende Begründung noch.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:
Wir sind der Auffassung, Sie haben begründet. Wenn Sie jetzt keinen neuen Antrag stellen, dann verfahren wir so, dass Sie begründet haben.

Keine weiteren Wortmeldungen
Beschluss (Antrag Tiedemann):
Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 9 Ja-Stimmen (BD, AfD, MÖWEN) und 4 Enthaltungen (WfB, Lichtenfeld, Schuster).

Beschluss (Tagesordnung):
Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt die Tagesordnung.

Der Beschluss ergeht bei 7 Nein-Stimmen (BD, AfD).

Tagesordnung:

TOP	Bezeichnung	Vorlage - Nr.
1	**Anfragen in der Fragestunde**	
1.1	Anfrage an den Magistrat Bremerhaven bezüglich fehlender Daten im Landesgesundheitsbericht Bremen 2024 (Einzelstadtverordneter Lichtenfeld)	StVV - FS 55/2025
1.1.1	Anfrage an den Magistrat Bremerhaven bezüglich fehlender Daten im Landesgesundheitsbericht Bremen 2024 (Einzelstadtverordneter Lichtenfeld)	MIT-FS 55/2025
1.2	Update Nr. 4 Autoraser und Poser im Fischereihafen Bremerhaven (Einzelstadtverordneter Lichtenfeld)	StVV - FS 56/2025
1.2.1	Update Nr. 4 Autoraser und Poser im Fischereihafen Bremerhaven (Einzelstadtverordneter Lichtenfeld) - Tischvorlage	MIT-FS 56/2025
1.3	Haushaltskürzungen bei sozialen Dienstleistungen (Die Linke - Einzelstadtverordneter Muhlis Kocaaga)	StVV - FS 57/2025
1.3.1	Haushaltskürzungen bei sozialen Dienstleistungen (Die Linke - Einzelstadtverordneter Muhlis Kocaaga) - Tischvorlage	MIT-FS 57/2025
1.4	Ausbau von Trinkwasserbrunnen (Die Linke - Einzelstadtverordneter Muhlis Kocaaga)	StVV - FS 58/2025
1.4.1	Ausbau von Trinkwasserbrunnen (Die Linke - Einzelstadtverordneter Muhlis Kocaaga) - Tischvorlage	MIT-FS 58/2025
1.5	Wohnungssituation in Bremerhaven (Die Linke - Einzelstadtverordneter Muhlis Kocaaga)	StVV - FS 59/2025
1.5.1	Wohnungssituation in Bremerhaven (Die Linke - Einzelstadtverordneter Muhlis Kocaaga) - Tischvorlage	MIT-FS 59/2025
1.6	Verkauf des Bremerhavener „Tafelsilbers“ (BD)	StVV - FS 60/2025
1.6.1	Verkauf des Bremerhavener „Tafelsilbers“ (BD) - Tischvorlage	MIT-FS 60/2025
1.7	Anfrage zu Verzögerungen bei Abbrucharbeiten des ehemaligen Karstadt-Gebäudes und damit einhergehenden Kostensteigerungen (Einzelstadtverordneter Lichtenfeld) - Tischvorlage	StVV - FS 61/2025
1.7.1	Anfrage zu Verzögerungen bei Abbrucharbeiten des ehemaligen Karstadt-Gebäudes und damit	MIT-FS 61/2025

	einhergehenden Kostensteigerungen (Einzelstadtverordneter Lichtenfeld) - Tischvorlage	
1.8	Mutmaßliche Straftaten durch Bewohner der Wiener Straße 12 (BD-Fraktion) - Tischvorlage	StVV - FS 62/2025
1.8.1	Mutmaßliche Straftaten durch Bewohner der Wiener Straße 12 (BD-Fraktion) - Tischvorlage	MIT-FS 62/2025
1.9	Unterbringung von chronisch suchtkranken Erwachsenen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P) - Tischvorlage	StVV - FS 63/2025
1.9.1	Unterbringung von chronisch suchtkranken Erwachsenen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P) - Tischvorlage	MIT-FS 63/2025
1.10	Sanierung Fichteschule (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P) - Tischvorlage	StVV - FS 64/2025
1.10.1	Sanierung Fichteschule (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P) - Tischvorlage	MIT-FS 64/2025
1.11	Ungewollt Schwangere (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P) - Tischvorlage	StVV - FS 65/2025
1.11.1	Ungewollt Schwangere (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P) - Tischvorlage	MIT-FS 65/2025
1.12	Verstetigung der Fachberatungsstelle MARIE für sich prostituierende Personen in Bremerhaven (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN +P) - Tischvorlage	StVV - FS 66/2025
1.12.1	Verstetigung der Fachberatungsstelle MARIE für sich prostituierende Personen in Bremerhaven (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN +P) - Tischvorlage	MIT-FS 66/2025
2	**Genehmigung der Niederschrift**	
2.1	Genehmigung der Niederschrift (15. öffentliche Sitzung)	StVV - V 61/2025
3	**Vorlagen**	
3.1	Neuwahlen für Stellen vom Vorstand der Stadtverordnetenversammlung	StVV - V 46/2025
3.2	Neuwahl einer Vertretung im Jugendhilfeausschuss beim Amt für Jugend, Familie und Frauen	StVV - V 51/2025
3.3	Durchführung eines Aktionstages am 20.09.2025zum Auftakt der Sportwoche für Alle im Bad 3 Ausnahmegenehmigung im Sinne von Ziffer 4.1 der	StVV - V 56/2025

	Verwaltungsvorschriften zur vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Bremerhaven für das Haushaltsjahr 2025	
3.4	Weitere Änderungen bei der Besetzung des Migrationsrates (Legislaturperiode 2023-2027)	StVV - V 58/2025
3.5	Jahresbericht des Magistrats 2024 gem. § 53 Stadtverfassung	StVV - V 53/2025
3.6	Klimaschutzstrategie 2038 | Jährliche Berichterstattung zum Umsetzungsstand der kommunalen Maßnahmen des Aktionsplans Klimaschutz in der Stadt Bremerhaven	StVV - V 57/2025
3.7	AfD-Fraktion in Liquidation ./. StVV - Urteil vom Verwaltungsgericht Bremen (1 K 2311/22) - Rechtsstellung von Fraktionen und Gruppen in der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven, keine Rechtsnachfolge bei Verlust des Fraktionsstatus.	StVV - V 60/2025
4	**Anträge**	
4.1	Engagement von Bürger:innen ernst nehmen! (Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P)	StVV - AT 12/2025
4.2	Bremerhavener Schulen brauchen die Richtlinie für nicht-unterrichtendes pädagogisches Personal (SPD, CDU, FDP)	StVV - AT 14/2025
4.3	Frauenberatungsstelle Zukunft im Beruf (ZIBnet) in Bremerhaven erhalten (Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P)	StVV - AT 15/2025
4.4	Die Zukunft der Häfen in Bremerhaven (Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P)	StVV - AT 16/2025
4.5	Nutzung der Wärmepotentiale von Nordsee und Weser für die Fernwärmeversorgung von Bremerhaven (Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P)	StVV - AT 17/2025
4.6	Hafentunnel als zentrale Zufahrt zum Hafen stärken (SPD, CDU, FDP)	StVV - AT 18/2025
4.7	Gebühren für die Nutzung von Außenflächen neu regeln - Abschaffung der sog. „Terrassensteuer“ (BD-Fraktion)	StVV - AT 19/2025
4.8	Weiterentwicklung der SAIL Bremerhaven – familienfreundlicher, moderner, attraktiver (BD)	StVV - AT 21/2025
5	**Anfragen**	
5.1	Bearbeitungsrückstände Wohngeld-Plus-Gesetz (GRÜNE + P)	StVV - AF 17/2025

5.2	Sprachbildungsangebot Mama lernt Deutsch – Papa auch (GRÜNE + P)	StVV - AF 18/2025
5.3	Sachstand zur Bearbeitung der Anträge im Bereich Bildung und Teilhabe (GRÜNE + P)	StVV - AF 19/2025
5.4	Politisierung der SAIL und mangelnde Neutralität? (BD)	StVV - AF 20/2025
6	**Mitteilungen**	
6.1	Entwicklung und Förderung des Kinder- und Jugendfußballs in Bremerhaven (FDP-Fraktion)	MIT-AF 16/2025
6.2	Bearbeitungsrückstände Wohngeld-Plus-Gesetz (GRÜNE + P) - Tischvorlage	MIT-AF 17/2025
6.3	Sprachbildungsangebot Mama lernt Deutsch – Papa auch (GRÜNE + P) - Tischvorlage	MIT-AF 18/2025
6.4	Sachstand zur Bearbeitung der Anträge im Bereich Bildung und Teilhabe (GRÜNE + P) - Tischvorlage	MIT-AF 19/2025
6.5	Politisierung der SAIL und mangelnde Neutralität? (BD) - Tischvorlage	MIT-AF 20/2025

TOP 1 Anfragen in der Fragestunde

TOP 1.1 Anfrage an den Magistrat Bremerhaven bezüglich fehlender Daten im Landesgesundheitsbericht Bremen 2024 (Einzelstadtverordneter Lichtenfeld) **StVV - FS 55/2025**

TOP 1.1.1 Anfrage an den Magistrat Bremerhaven bezüglich fehlender Daten im Landesgesundheitsbericht Bremen 2024 (Einzelstadtverordneter Lichtenfeld) **MIT-FS 55/2025**

Stadtverordneter LICHTENFELD fragt.

Stadträtin TOENSE antwortet entsprechend der Mitteilung des Magistrats.

Stadtverordneter LICHTENFELD:
Am 04.07 per E-Mail habe ich die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz in Bremen kontaktiert. Ich habe auch eine Antwort gekriegt. Und die Bremer schreiben, jetzt mal auf Deutsch in Kurzfassung, Bremerhaven hat gar nichts gemeldet und es gibt auch keine großartigen Absprachen, wie Sie das gerade erzählt haben oder vorgelesen haben. Wie erklären Sie sich das?

Stadträtin TOENSE:
Welche Absprachen meinen Sie jetzt, die jetzigen aktuellen oder die damaligen?

Stadtverordneter LICHTENFELD:
Die damaligen.

Stadträtin TOENSE:
Die damaligen, wir waren fortlaufend im Gespräch mit dem Ressort. Ich weiß jetzt nicht, an welche Stelle Sie sich bei dem Ressort gemeldet haben. Das können wir aber mit Sicherheit klären.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:
Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Anfrage in der Fragestunde und die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

TOP 1.2 Update Nr. 4 Autoraser und Poser im Fischereihafen Bremerhaven (Einzelstadtverordneter Lichtenfeld) **StVV - FS 56/2025**

TOP 1.2.1 Update Nr. 4 Autoraser und Poser im Fischereihafen Bremerhaven (Einzelstadtverordneter Lichtenfeld) - Tischvorlage **MIT-FS 56/2025**

Stadtverordneter LICHTENFELD fragt.

Bürgermeister NEUHOFF antwortet entsprechend der Mitteilung des Magistrats.

Stadtverordneter LICHTENFELD:
Ist es vielleicht möglich, zukünftig die Vorschläge der Einzelabgeordneten, zum Beispiel meiner Person, genauer zu prüfen, um Kosten und Ressourcen zu sparen. Weil das ist jetzt ja das Update 4 zu den Autorasern und Autoposern. Und die Polizei kann ja nur einschreiten jetzt, weil mein erster Vorschlag mit den Anlieger-frei-Schildern, die da jetzt sind, können da jetzt eingreifen. Wäre das vielleicht möglich in Zukunft?

Bürgermeister NEUHOFF:
Herr Lichtenfeld, da Sie die Frage direkt an mich stellen, ist es nicht die Beantwortung durch den Magistrat, sondern ausschließlich durch den Bürgermeister. Ich kann Ihnen sagen, wir brauchen nicht immer Hinweise von Einzelstadtverordneten, um Probleme Herr zu werden. Sie können sich sicher sein, dass wir bereits zum frühzeitigen Zeitpunkt in Verbindung mit der Ortspolizeibehörde und dem Bürger- und Ordnungsamt und weiteren Beteiligten auf diese Szene aufmerksam gemacht worden sind. Dass wir entsprechend gehandelt haben, sehen Sie an den „Kölner Teller“, an den „Berliner Kissen“. Und ich kann Ihnen versichern, dass wir weiterhin gerne Anregungen aufnehmen, die wir dann auch wahrheitsgemäß beantworten. Aber wir brauchen kein 5. Update, damit Sie suggerieren können, dass wir erst dann handeln, wenn Sie uns auffordern, das ist mitnichten der Fall.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:
Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Anfrage in der Fragestunde und die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

TOP 1.3 Haushaltskürzungen bei sozialen Dienstleistungen (Die Linke - Einzelstadtverordneter Muhlis Kocaaga) **StVV - FS 57/2025**

TOP 1.3.1 Haushaltskürzungen bei sozialen Dienstleistungen (Die Linke - Einzelstadtverordneter Muhlis Kocaaga) - Tischvorlage **MIT-FS 57/2025**

Stadtverordneter KOCAAGA fragt.

Stadtrat GÜNTHNER antwortet entsprechend der Mitteilung des Magistrats.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Anfrage in der Fragestunde und die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

TOP 1.4 Ausbau von Trinkwasserbrunnen (Die Linke - Einzelstadtverordneter Muhlis Kocaaga) **StVV - FS 58/2025**

TOP 1.4.1 Ausbau von Trinkwasserbrunnen (Die Linke - Einzelstadtverordneter Muhlis Kocaaga) - Tischvorlage **MIT-FS 58/2025**

Stadtverordneter KOCAAGA fragt.

Stadträtin TOENSE antwortet entsprechend der Mitteilung des Magistrats.

Stadtverordneter KOCAAGA:
Frau Stadträtin, ich habe das richtig verstanden, also die finanziellen Mittel sind noch nicht sichergestellt?

Stadträtin TOENSE:
Ja, genau, aber es besteht die Möglichkeit der Antragsstellung. Und die haben wir noch in diesem Jahr vor, in 2025.

Stadtverordneter KOCAAGA:
Können wir davon ausgehen, wenn die Finanzierungsmittel von dem Land nicht bereitgestellt werden, werden die zusätzlichen fünf Brunnen nicht mehr gebaut.

Stadträtin TOENSE:
Noch mal, wenn wir an dem Programm nicht partizipieren können, haben wir im Moment im kommunalen Haushalt keinerlei Mittel, das ist richtig.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:
Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Anfrage in der Fragestunde und die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

TOP 1.5 Wohnungssituation in Bremerhaven (Die Linke - Einzelstadtverordneter Muhlis Kocaaga) **StVV - FS 59/2025**

TOP 1.5.1 Wohnungssituation in Bremerhaven (Die Linke - Einzelstadtverordneter Muhlis Kocaaga) - Tischvorlage **MIT-FS 59/2025**

Stadtverordneter KOCAAGA fragt.

Stadtrat CHARLET antwortet entsprechend der Mitteilung des Magistrats.

Stadtrat CHARLET:
Sehr geehrter Stadtverordneter Herr Kocaaga, ich möchte dazu noch ein bisschen meine Erfahrungswerte hierzu einfließen lassen. Ich glaube, das Thema Problemimmobilien ist für die Stadtgemeinde Bremerhaven eine höchst relevante, aus verschiedenen Gründen, ja. Die Zahl von Problemimmobilien oder verwahrlosten Immobilien, wie Sie die hier angefragt haben, sorgen für eine grundsätzliche Herausforderung, einen gesunden Mietmarkt herzustellen. Sie fördern die soziale Spaltung und fördern Segregation. Da ist die Frage, wie wir gegen Problemimmobilien vorgehen, eine ganz relevante für diese Stadt. Das Thema oder der Ansatz der Enteignung ist aber aus unserer Perspektive nicht der geeignete.

Stadtverordneter KOCAAGA:
Ich habe zwei Fragen. Erstens sehen Sie keinen Bedarf für Enteignungskriterien für Bremerhaven? Zweitens, wie würden Sie mit diesen 30 Prozent Immobilien umgehen?

Stadtrat CHARLET:
Also zu ihrer ersten Frage des Bedarfes von Enteignungen. Tatsächlich ist, glaube ich, der Ruf nach Enteignung ein sehr schneller, ja, weil das Thema der Problemimmobilien ist natürlich ein sehr komplexes. Wie geht man mit Privateigentum um, was sozusagen störend und auch Nachbarschaftsfrieden durchschneidend wirkt. Das ist sehr schwer, weil diese Objekte natürlich von privaten Eigentümern gehalten werden. Wenn man sich das Instrument der Enteignung näher ansieht, wird man aber schnell merken, dass diese gute Idee grundsätzlich viele Hemmnisse hat. Die erste Frage ist, wie gehen wir mit dem Eigentumsrecht der bisherigen Eigentümer vor? Wichtig zu sagen ist, bei einer Enteignung, die grundsätzlich natürlich möglich ist im deutschen Rechtssystem, ist es so, dass wir natürlich auch Ersatzzahlungen leisten müssen. Drittens, wenn wir theoretisch Objekte enteignen würden, was tun wir als Nächstes damit? Das heißt, wir haben eine ganze Menge an möglichen negativen Implikationen durch Enteignung. Und glauben, dass es schlauere Wege gibt. Ich will Ihnen mal so ein bisschen aufzeigen, und das kann ich nur in Kürze machen, weil der Katalog, den wir hier wählen, relativ breit ist. Eine wirkungsvolle Maßnahme gegen Problemimmobilien ist, im Dialog mit den Eigentümern es zu schaffen, diese Eigentümer zu ermutigen, in ihre Immobilien zu investieren. Es ist teilweise sehr, sehr herausfordernd, weil Eigentümer von Problemimmobilie sehr unterschiedliche Hintergründe haben. Da sind Menschen darunter, die überfordert sind von der Immobilie, da sind Menschen darunter, die überschuldet sind. Und da sind Menschen darunter, die auch gar kein Interesse haben, mit diesen Immobilien etwas zu tun, was für die Umgebung und für die Nachbarschaft und auch für Bewohner, um die es ja vor allem geht, positiv wird. Das heißt, wir müssen als Allererstes mit dieser doch schwierigen und oft sehr verstreuten Gruppe in Kontakt treten. Dafür haben wir verschiedene Maßnahmen, das heißt, wir wollen natürlich positiv, konstruktiv mit diesen Eigentümern in Kontakt treten. Und zweitens, da gebe ich sozusagen Ihrer Anfrage oder da antworte ich jetzt schon im Sinne Ihrer Anfrage, ist es auch wichtig, bei Eigentümern, bei denen wir merken, dass der Wille doch nicht so da ist, aus unterschiedlichster Motivation, schon zu zeigen, dass die Stadt bestimmte Instrumente hat, wie beispielsweise die Androhung und auch die Nutzung von Zwangsgeldern eben auch zu zeigen, dass wir gewisse Grenzen für uns ziehen. Und

deswegen müssen wir von Objekt zu Objekt immer schauen, wie ist die Eigentümerstruktur, wie ist die Historie einer Immobilie, wie ist auch der bauliche Stand, wie ist die Wirkung auf die Nachbarschaft. Und dann aus unserem Instrumentenkasten das Richtige zu nutzen. Und deswegen, der platte Ansatz Enteignung greift zu kurz. Verständlich, ja, aufgrund der Größe der Herausforderung, ist aber nicht zielführend am Ende.

Stadtverordneter KOCAAGA:
Die Enteignungskriterien, die Sie gerade genannt haben – wenn wir diese tatsächlich anwenden würden, was würde danach mit der Immobilie geschehen? Genau darum geht es ja: Bei einer Enteignung übernimmt die Stadt die Immobilie und entscheidet dann, ob sie renoviert oder abreißt. Damit würde also etwas unternommen werden – besser, als gar nichts zu tun. Meine Frage ist: Bei den rund 30 Prozent Problemimmobilien, können Sie alle Eigentümer erreichen, oder gibt es Fälle, in denen die Hausbesitzer gar nicht erreichbar sind?

Stadtrat CHARLET:
Ist eine sehr gute Frage, Herr Stadtverordneter Kocaaga. Ich glaube, ich muss noch mal einmal kurz ein bisschen die Differenzierung machen. Problemimmobilien, von denen wir sprechen, das sind insgesamt 250 bis 300, davon sind 100 leerstehende Immobilien und davon sind 30 ungefähr verwahrlost. Das heißt, wir müssen ein bisschen differenzieren. Das ist jetzt für die sozusagen übergeordnete Betrachtung nicht superrelevant, da muss ich aber drauf aufmerksam machen, weil wir natürlich unterschiedliche Ansätze wählen. Und in der Tat ist es so, dass wir teilweise eine Herausforderung haben, gerade wenn wir, ich nenne mal, ein Achtparteienhaus haben, wo wir acht unterschiedliche Eigentümer haben, alle zu erreichen, weil die örtlich verstreut sind, weil die auch eine unterschiedliche Bereitschaft zeigen, mit uns zu sprechen. Und da her ist es ebenso wichtig, deswegen muss ich diesen Ansatz betonen, den wir jetzt zunehmend auch weiter wählen, sehr individuell zu schauen, wie ist die Situation bei einem gewissen Objekt, dann probieren, den Kontakt aufzunehmen zu diesen Anwohnern. Zu schauen, können wir den Menschen helfen? Wie gesagt, ich will Ihnen einfach mal ein Beispiel geben. Wir haben eine Wohneinheit oder ein Haus mit verschiedenen Wohneinheiten, da ist ein Eigentümer, der wäre sehr daran interessiert, an die Stadt zu verkaufen, weil er überfordert ist mit dieser Immobilie. Der hat aber eine Herausforderung, weil er noch einen laufenden Bankkredit hat, den muss er erst abbezahlen. Ein zweiter Eigentümer hat vielleicht Interesse daran, diese Wohnung weiter zu behalten, weil sie für ihn rentabel ist und ein dritter ist aufgrund von Krankheit, Alter oder Sucht gar nicht mehr richtig ansprechbar. Und das ist die Herausforderung bei dem großen Thema Problemimmobilien sozusagen im Großen und Ganzen. Wir können immer spezifischer werden, aber um Ihnen so ein bisschen den Einblick zu zeigen.

Stadtverordneter KOCAAGA:
Würden Sie, Herr Stadtrat, mir zustimmen, dass Schrottimmobilien ein sehr schlechter Zustand für unsere Stadt und ein sehr schlechtes Bild für unsere Stadt sind?

Stadtrat CHARLET:
Herr Kocaaga, da muss ich Ihnen zustimmen, selbstverständlich, das ist eine ganz große Herausforderung für unsere Stadt. Und nicht nur für uns, also ich muss es ein bisschen einordnen, das Phänomen Problemimmobilien sehen wir in der Bundesrepublik vor allem da, wo wir urbane Räume haben, die in den letzten Jahrzehnten einen Bevölkerungsrückgang hatten, ja. Also sind wir betroffen von knapp 180.000 Einwohnern auf 120.000, also knapp ein Drittel weniger Einwohner.

Ähnlich ist es im Ruhrgebiet und auch in anderen Teilen Deutschlands. Was passiert? Wenn wir zu viel Wohnraum haben, sinkt die Nachfrage nach Wohnraum, weil wir sozusagen zu viel Wohnraum haben. Für Vermieter stehen zu wenig Ressourcen zur Verfügung, um diesen Wohnraum instand zu halten. Immobilien werden nicht mehr richtig instandgehalten. Das Mietniveau sinkt weiter. Und wir sind in einem gewissen Teufelskreis. Was passiert als Nächstes? Dieser Wohnraum ist so unattraktiv, dass für viele Menschen, die wir natürlich für den gesunden sozialen Mix in unserer Stadt haben wollen, dieser Wohnraum nicht mehr attraktiv genug ist. Das heißt, die Nachfrage und die mögliche Miete sinkt immer weiter. Und dieser Wohnraum wird attraktiv für Menschen, unter anderem, das ist jetzt ein komplexes Thema, was ich probiere, in kurzer Form sozusagen einmal beispielhaft aufzuzeigen, wird attraktiver für Menschen oft mit einem sehr niedrigen sozioökonomischen Status, beispielsweise für Menschen, die aus Armutsgründen nach Deutschland kommen. Für diese ist dieser Wohnraum attraktiv, die kommen da gut an. Das hat natürlich wieder einen oft herausfordernden Ansatz oder ist eine Herausforderung für den sozialen Mix in den Quartieren. Das heißt, das Problem Problemimmobilie hat eine ganz starke bauliche Komponente, ganz klar, weil wir sprechen über Gebäude. Hat aber natürlich auch eine soziale Komponente, weil das , was wir in Bremerhaven weiter fördern wollen, ist der gute ausgeglichene soziale Mix. Das ist wichtig für unsere Quartiere, das ist wichtig für unsere Schulen. Und dementsprechend müssen wir da sehr, sehr aktiv sein. Und deswegen muss ich Ihnen zustimmen, ja, das ist eine Herausforderung. Wir haben jetzt sehr gute erste Schritte getan und die Stadt Bremerhaven ist ja seit Langem dabei, dieses Problem anzugehen. Wir sind da immer aktiv. Wir müssen uns aber natürlich auch an neue Entwicklungen anpassen. Das ist eine ganz große Herausforderung, weil das wissen Sie selber, wir haben nur begrenzte Mittel zur Verfügung. Und deswegen müssen wir immer sehr gezielt schauen, was können wir tun, um bestimmte Objekte zielgerichtet anzusprechen.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:
Ich gebe zu bedenken, dass wir uns in der Fragestunde befinden, die auf 60 Minuten begrenzt ist. Die Zeit geht selbstverständlich auch von den nachfolgenden Wortmeldungen ab. Ansonsten vielen Dank – auch für mich war das sehr informativ.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:
Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Anfrage in der Fragestunde und die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

TOP 1.6 Verkauf des Bremerhavener „Tafelsilbers“ (BD) StVV - FS 60/2025

TOP 1.6.1 Verkauf des Bremerhavener „Tafelsilbers“ (BD) - Tischvorlage MIT-FS 60/2025

Stadtverordnete TIEDEMANN fragt.

Bürgermeister NEUHOFF antwortet entsprechend der Mitteilung des Magistrats.

Stadtverordnete TIEDEMANN:
Also ich lese raus, dass wir erstens es nicht hinkriegen, einen finanziell soliden Haushalt aufzustellen, andererseits keine Vermögenswerte nennenswert haben.

Welche Restrukturierungsmaßnahmen, das haben Sie im letzten Absatz erwähnt, sind denn aktuell vorgesehen?

Bürgermeister NEUHOFF:
Wir befinden uns nach den Gesprächen mit der Spitze des Senats in der Vorbereitung einer umfangreichen Vorlage zur Haushaltssicherung. Die werden wir, wenn sie fertiggestellt ist, entsprechend in die politischen Gremien geben. Wir werden sie dann beraten auf Umsetzungswillen. Und werden Ihnen dann das Ergebnis gerne mitteilen.

Stadtverordnete TIEDEMANN:
Über was für einen Zeitraum reden wir, Herr Bürgermeister? Wann ungefähr wird das Papier fertig sein?

Bürgermeister NEUHOFF:
Da ich beabsichtige, die Stadtverordnetenversammlung am 30. Oktober mit einem weiteren Versuch für die Haushaltsgenehmigung zu betrauen, können Sie davon ausgehen, dass wir uns spätestens zu dieser Sitzung über die Vorlage dann hier austauschen werden.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:
Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Anfrage in der Fragestunde und die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

TOP 1.7 **Anfrage zu Verzögerungen bei Abbrucharbeiten des ehemaligen Karstadt-Gebäudes und damit einhergehenden Kostensteigerungen (Einzelstadtverordneter Lichtenfeld) - Tischvorlage** **StVV - FS 61/2025**

TOP 1.7.1 **Anfrage zu Verzögerungen bei Abbrucharbeiten des ehemaligen Karstadt-Gebäudes und damit einhergehenden Kostensteigerungen (Einzelstadtverordneter Lichtenfeld) - Tischvorlage** **MIT-FS 61/2025**

Stadtverordneter LICHTENFELD fragt.

Bürgermeister NEUHOFF antwortet entsprechend der Mitteilung des Magistrats.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:
Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Anfrage in der Fragestunde und die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

TOP 1.8 Mutmaßliche Straftaten durch Bewohner der Wiener Straße 12 (BD-Fraktion) - Tischvorlage **StVV - FS 62/2025**

TOP 1.8.1 Mutmaßliche Straftaten durch Bewohner der Wiener Straße 12 (BD-Fraktion) - Tischvorlage **MIT-FS 62/2025**

Stadtverordneter TIMKE fragt.

Bürgermeister NEUHOFF antwortet entsprechend der Mitteilung des Magistrats.

Stadtverordneter TIMKE:
Wir haben die Anfrage ja etwas verkürzt eingereicht, aber Sie haben die Zahlen geliefert, vielen Dank dafür. Welche Maßnahmen ergreift denn eigentlich der Senat, um die Zahl der Straftaten, die von Bewohnern der Wiener Straße 12 ausgehen, zu minimieren? Das ist ja immerhin eine städtische Einrichtung. Und die Straftaten, Hoheitsdelikte und auch Eigentumsdelikte, also sprich, dass dort auch möglicherweise Hehlerware oder Diebesgut abgeliefert wird, finden ja unter staatlicher Obhut statt, denn das ist eine städtische Einrichtung. Und welche Maßnahmen hat der Magistrat bis jetzt ergriffen, um die Zahl der Straftaten da zu minimieren?

Bürgermeister NEUHOFF:
Herr Timke, zunächst einmal, Sie haben es gerade selbst korrigiert, Sie sind hier im Magistrat, ich kann Ihnen die Antwort des Magistrates allerdings heute nicht ad hoc geben. Die öffentliche Sicherheit ist nicht mein Dezernatsbereich, ich bin also heute nur in Vertretung des eigentlichen Vortragenden. Ich biete Ihnen aber an, wie in der Vergangenheit auch, dass wir Ihre Frage zu Protokoll nehmen und dass wir diese Frage spätestens zum nächsten Ausschuss Öffentliche Sicherheit beantworten werden.

Stadtverordneter TIMKE:
Ich bitte darum, dass das einfach dem Protokoll hier angehängt wird, das würde mir schon vollkommen reichen. Vielen Dank für das Angebot.

Stadtverordneter BAUMANN-DUDERSTAEDT:
Wenn Sie erlauben, habe ich zwei Nachfragen. Und zwar die eine, mir wurde berichtet, dass es sich bei den Straffälligen immer um eine jeweils kleine Gruppe handelt, die immer wieder auffällig ist. Und da würde ich Sie fragen, können Sie eine Aussage darüber machen, auf wie viele Täter sich die Taten verteilen?

Bürgermeister NEUHOFF:
Nein, ich kann keine Aussage dazu machen.

Stadtverordneter BAUMANN-DUDERSTAEDT:
Was mir auch berichtet wurde, ist, dass es sich um einen Personenkreis von überwiegend psychisch oder psychiatrisch auffälligen Personen handelt oder auch Erkrankten. Haben Sie dazu Informationen?

Bürgermeister NEUHOFF:
Ich habe keine Informationen.

Stadtverordneter TIMKE:
Die Frage des Kollegen regt jetzt natürlich zu einer Nachfrage an. Herr Bürgermeister, wären Sie denn auch so freundlich und würden die Frage von dem Kollegen schriftlich beantworten, denn das ist auch für meine Fraktion interessant, wenn wir nämlich sogar wissen, dass ein kleiner Teil der dort Wohnenden diese hohe Anzahl von Straftaten begangen hat, dann müsste man da meines Erachtens genauer hingucken.

Bürgermeister NEUHOFF:
Herr Timke, selbstverständlich wird der Magistrat diese Dienstleistung gerne erbringen, weil wir es als unsere Pflicht ansehen, wenn wir heute nicht antworten können, dass die Beantwortung nachgereicht wird.

Keine weiteren Wortmeldungen

Anm. der Schriftführung:
Das Dezernat 1 beantwortete die Fragen im Nachgang der Sitzung wie folgt:

„Und welche Maßnahmen hat der Magistrat bis jetzt ergriffen, um die Zahl der Straftaten da zu minimieren?“
Im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages ist die Ortspolizeibehörde Bremerhaven darin bestrebt, Straftaten in jeglicher Form zu verhindern und aufzuklären, und dies unabhängig von der Örtlichkeit. Sollten hierbei in bestimmten Bereichen oder Einrichtungen eine Häufung von Straftaten zu erkennen sein, so ergreift die Ortspolizeibehörde Bremerhaven gezielte und auf den Einzelfall bezogene Maßnahmen, um dieses Phänomen zu bekämpfen.
Im Bereich der Wiener Straße 12 steht der zuständige Kontaktpolizist zudem in engem Austausch mit den Bewohnerinnen und Bewohnern sowie der Hausleitung, ist dort beratend und präventiv tätig und wirkt darauf hin, Konflikte frühzeitig zu erkennen und deeskalierend einzuwirken. Die Lage wird fortlaufend beobachtet und bei Bedarf werden weitere Maßnahmen abgestimmt.

„Und da würde ich Sie fragen, können Sie eine Aussage darüber machen, auf wie viele Täter sich die Taten verteilen?“
Die Straftaten verteilen sich insgesamt auf 38 Beschuldigte.

„Was mir auch berichtet wurde, ist, dass es sich um einen Personenkreis von überwiegend psychisch oder psychiatrisch auffälligen Personen handelt oder auch Erkrankten. Haben Sie dazu Informationen?“
Von den 38 Beschuldigten sind insgesamt sieben als psychisch auffällig erfasst. Ob bei weiteren psychische Erkrankungen vorliegen kann seitens der Ortspolizeibehörde Bremerhaven nicht abschließend beurteilt werden, da diese sich im Einsatzgeschehen zeigen müssen, sodass eine Erfassung erfolgen kann.

Beschluss:
Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Anfrage in der Fragestunde und die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

TOP 1.9 Unterbringung von chronisch suchtkranken Erwachsenen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P) - Tischvorlage **StVV - FS 63/2025**

TOP 1.9.1 Unterbringung von chronisch suchtkranken Erwachsenen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P) - Tischvorlage **MIT-FS 63/2025**

Stadtverordneter BAUMANN-DUDERSTAEDT fragt.

Stadtrat GÜNTHNER antwortet entsprechend der Mitteilung des Magistrats.

Stadtverordneter BAUMANN-DUDERSTAEDT:
Würden Sie bitte kurz zu 1a den Unterschied zwischen 14 zu 21 erläutern? Also wir sind ja von 21 Bewohner:innen ausgegangen, in der Tabelle tauchen 14 auf.

Stadtrat GÜNTHNER:
Ja, Herr Stadtverordneter, wenn Sie meiner Antwort aufmerksam gefolgt sind, haben Sie festgestellt, dass ich zu Frage 1 im letzten Satz Folgendes erklärt habe: „Der Verbleib von Personen, die in auswärtiger Kostenträgerschaft in Haus Anker 1 und 2 versorgt wurden, ist dem Kostenträger Bremerhaven unbekannt."

Stadtverordneter BAUMANN-DUDERSTAEDT:
Okay, das heißt, die übrigen sieben sind in anderer Kostenträgerschaft?

Stadtrat GÜNTHNER:
Genau.

Stadtverordneter BAUMANN-DUDERSTAEDT:
Zu 1b, Sie sagen, es sind keine Personen wohnungs- oder obdachlos aktuell? Wissen Sie, ob zwischendurch Bewohner:innen oder ehemalige Bewohner:innen obdachlos waren?

Stadtrat GÜNTHNER:
Das kann ich Ihnen jetzt aus dem Kopf nicht beantworten. Ich würde allerdings aus der Systematik der Antwort, die wir gegeben haben und auch der Tatsache, dass es ja auch für den Träger von Haus Anker 1 und 2 eine Verpflichtung gegeben hat, die Menschen entweder in breitere Versorgung unterzubringen oder aber solange sie in ihren eigenen Einrichtungen weiter zu versorgen, ergibt, dass dann Menschen eben nicht wohnungs- oder obdachlos geworden sein können.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:
Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Anfrage in der Fragestunde und die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

TOP 1.10 Sanierung Fichteschule (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P) - Tischvorlage **StVV - FS 64/2025**

TOP 1.10.1 Sanierung Fichteschule (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P) - Tischvorlage **MIT-FS 64/2025**

Stadtverordneter BAUMANN-DUDERSTAEDT fragt.

Stadtrat CHARLET antwortet entsprechend der Mitteilung des Magistrats.

Stadtverordneter BAUMANN-DUDERSTAEDT:
Da sind Sie vielleicht der Falsche, weil ich frage, wird der Ausschuss für Schule und Kultur über die Bedrohung regelmäßig informiert?

Stadtrat CHARLET:
Da bin ich jetzt tatsächlich nicht ganz genau im Bilde. Ich gehe davon aus, dass sobald diese Erkenntnisse vorliegen, diese Informationen fließen. Das ist aber ein aufwendiges Verfahren, weil die PCB-Stoffe ja flüchtig sind, also die verflüchtigen sich weiter. Daher ist uns diese Beprobung so wichtig. Genau, das kann ich zum heutigen Zeitpunkt sagen.

Stadtverordneter BAUMANN-DUDERSTAEDT:
Das Gleiche, wird der Ausschuss für Schule und Kultur über die Abfolge der Maßnahmen und den Zeitplan in Kenntnis gesetzt, also wie es weitergeht?

Stadtrat CHARLET:
Davon gehe ich ganz stark aus. Ich glaube, das war bisher eine sehr gute Zusammenarbeit mit dem auch Amt für Schule, die hier sehr gut die Allmersschule ausgesucht haben, was einen guten Übergang, also reibungslosen Übergang für die Schülerinnen und Schüler ermöglicht hat.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:
Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Anfrage in der Fragestunde und die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

TOP 1.11 Ungewollt Schwangere (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P) - Tischvorlage **StVV - FS 65/2025**

TOP 1.11.1 Ungewollt Schwangere (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P) - Tischvorlage **MIT-FS 65/2025**

Stadtverordnete SCHILLER fragt.

Stadträtin TOENSE antwortet entsprechend der Mitteilung des Magistrats.

Stadtverordnete SCHILLER:
Welche Schlussfolgerungen ziehen Sie denn generell aus den Ergebnissen der ELSA-Studie für Bremerhaven?

Stadträtin TOENSE:
Also eine unmittelbare Schlussfolgerung ziehe ich nicht. Ich habe ja gesagt, einen Handlungsbedarf sehe ich nicht, steht unter der Frage 3 als Antwort. Allerdings bin ich bei Ihnen, dass das Thema Schwangerschaftsabbrüche und die Möglichkeit und den Zugang dorthin, ein fortlaufendes Thema ist, was mich als Gesundheitsstadträtin und auch Gesundheitspolitiker hier in dieser Stadt umtreibt. Und wir müssen dahin kommen, dass diese Grauzone, unter denen die Ärztinnen und Ärzte Schwangerschaftsabbrüche durchführen, muss auf Bundesebene geändert werden, damit da mehr Sicherheit bei den Ärztinnen und Ärzten vorhanden ist. Und umso mehr das Angebot da ist, desto mehr können dann auch die Betroffenen Frauen dieses Angebot in Anspruch nehmen.

Stadtverordnete SCHILLER:
Was bräuchte es denn konkret aus Ihrer Sicht, um die Versorgungslage mit sicheren Schwangerschaftsabbrüchen wirklich nachhaltig und konsequent gut herzustellen?

Stadträtin TOENSE:
Habe ich eben gerade schon angedeutet, also der Graubereich, der rechtliche Graubereich, in dem sich die Ärztinnen und Ärzte weiterhin befinden durch das Strafgesetzbuch, das müsste aufgelöst werden, um da sozusagen voranzukommen. Ein kleiner Schritt ist ja schon passiert, dadurch, dass der § 219a, war es, glaube ich, StGB aufgelöst worden ist. Man darf jetzt mittlerweile als Arzt oder Ärztin zumindest darüber sachlich werben. Das durfte man in der Vergangenheit ja auch nicht. Man durfte es ja nicht auf seiner Homepage schreiben, müssen Sie sich überlegen. Mittlerweile darf man das jetzt. Also das ist schon mal ein Schritt in die richtige Richtung. Aber es müssen weitere Schritte gegangen werden. Aber es ist ein Bundesthema, das muss ich hier auch mal für die Kommune Bremerhaven sagen.

Stadtverordnete SCHILLER:
Ja, dass die kompromisslose Härte des § 218 einfach wirklich nur eine Abschaffung fordern kann, ich glaube, da sind viele Menschen auch in diesem Raum uns einig. Ich habe noch mal eine Frage zu dem ersten Satz in Ihrer Antwort, und zwar wir hatten in der ersten Frage ja gefragt danach, wie der Magistrat die Wichtigkeit von umfassender Aufklärung bewertet. Und in Ihrer Antwort schreiben Sie: „Eine umfassende Aufklärung zum Thema Schwangerschaftsabbrüche wird als hoch bewertet.“ Fehlt da der Begriff „eine auffassende Wichtigkeit“, also fehlt da der Begriff „Wichtigkeit“ in der Antwort? Ist das ein, ich sage mal Schreibfehler? Weil wir haben ja nach der Wichtigkeit gefragt.

Stadträtin TOENSE:
Nein, also darüber haben wir uns, glaube ich, keine vertieften Gedanken gemacht. Die Wichtigkeit ist hoch, das steht außer Frage.

Stadtverordnete SCHILLER:
Genau, weil das steht nämlich so in dem Satz nicht drin. Da steht „die Aufklärung ist hoch“ und deswegen die Nachfrage. Also Sie meinen, die Wichtigkeit von Aufklärung ist hoch?

Stadträtin TOENSE:
So sieht es aus.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:
Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Anfrage in der Fragestunde und die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

TOP 1.12 **Verstetigung der Fachberatungsstelle MARIE für sich prostituierende Personen in Bremerhaven (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN +P) - Tischvorlage** **StVV - FS 66/2025**

TOP 1.12.1 **Verstetigung der Fachberatungsstelle MARIE für sich prostituierende Personen in Bremerhaven (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN +P) - Tischvorlage** **MIT-FS 66/2025**

Stadtverordnete SCHILLER fragt.

Stadträtin TOENSE antwortet entsprechend der Mitteilung des Magistrats.

Stadtverordnete SCHILLER:
Die Zielgruppe, an die sich die Beratungsstelle MARIE richtet, ist ja eine, die aufgrund ihrer Lebensumstände, also wo man erst mal ein hohes Maß an Vertrauen und persönlicher Beziehung zu den Betroffenen, also zu der Zielgruppen, den Individuen in der Zielgruppe aufbauen muss, um dann im Anschluss mit den Personen zusammen wirklich viel zu arbeiten. Vor diesem Hintergrund, wie bewertet der Magistrat die Tatsache, dass dieses Projekt immer wieder, also die Finanzierung dieses Projekts, immer wieder nicht sichergestellt ist? Und die Finanzierung wirklich immer nur über teilweise Monate, also über nur noch Monate gesichert ist? Also dass es wirklich kein Gefühl von Verlässlichkeit in der Durchfinanzierung dieses Projektes gibt. Wie bewertet der Magistrat den Einfluss dieser unsicheren finanziellen Lage auf die Arbeit mit genau dieser Zielgruppe?

Stadträtin TOENSE:
Frau Schiller, ich kann jetzt nicht für den gesamten Magistrat antworten, sondern ich als Stadträtin für Gesundheit. Und im Grunde habe ich es Ihnen schon beantwortet, indem ich in Frage 3 gesagt habe, dass wir es außerordentlich begrüßen würden, wenn das Angebot weiterhin aufrechterhalten wird. Aber, und das muss ich Ihnen auch klar und deutlich sagen, Landes- und Bundesmittel finanziert. Das kann sich die Kommune Bremerhaven an der Stelle nicht leisten. Und in der Deutlichkeit müssen wir es dann auch sagen.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:
Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Anfrage in der Fragestunde und die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift

TOP 2.1 Genehmigung der Niederschrift (15. öffentliche Sitzung) StVV - V 61/2025

Keine Wortmeldungen
Beschluss:
Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

Der Beschluss ergeht bei 2 Nein-Stimmen (AfD).

TOP 3 Vorlagen

TOP 3.1 Neuwahlen für Stellen vom Vorstand der Stadtverordnetenversammlung StVV - V 46/2025

Stadtverordnete TIEDEMANN:
Die Opposition gehört zum Fundament jeder Demokratie. Seit Beginn der Legislatur 2023 wird unsere Fraktion der Sitz im Vorstand der Stadtverordnetenversammlung verweigert, trotz bestehenden Anspruchs. Es handelt sich bei diesem Anspruch nicht um eine Gunst, sondern um einen rechtlich abgesicherten Anspruch, der uns zusteht. Und Wahlen innerhalb der Stadtverordnetenversammlung dürfen kein Mittel parteipolitischer Ausgrenzung sein. Persönliche Befindlichkeiten oder Sympathien dürfen bei dieser Entscheidung keine Rolle spielen, auch wenn sie das offenbar in der Vergangenheit waren. Der Vorstand ist kein exklusiver Zirkel, sondern ein repräsentatives Gremium. Und hier müssen alle Fraktionen vertreten sein, auch die Opposition, denn damit ehrt man Wahlen, damit ehrt man das Wahlrecht, damit ehrt man den Wähler. Der wiederholte Ausschluss bedeutet auch für uns, dass wir keinen Zugang zu internen Informationen haben, dass es keinen gleichberechtigten Informationsfluss gibt und auch kein Mitspracherecht auf Vorstandsebene. In Bezug auf den Informationsfluss, gerade da gäbe es ganz einfach die Möglichkeit, uns in Kenntnis zu setzen, zumindest den Vorstand der Fraktion, Frau Brinkmann und mich, damit wir wenigstens über die Vorgänge in Kenntnis gesetzt werden. Aber auch das wurde uns schriftlich verwehrt. Dementsprechend haben wir hier einen Vorstand der Stadtverordnetenversammlung, in dem Opposition nicht in Gänze eingebunden ist. Und wir sogar komplett ausgeschlossen werden aus allem, nicht nur der Sitz, sondern auch, was den Informationsfluss angeht. Bürgerinnen und Bürger haben uns gewählt. Und sie erwarten zu Recht, dass ihre Stimme auch im Vorstand Gehör findet. Und Transparenz, Fairness und Demokratie enden nicht dort, wo Mehrheiten sie verhindern können. Deshalb benennen wir heute wieder alle unsere Fraktionsmitglieder, namentlich: Herr Jan Timke, Frau Julia Tiedemann, Sandra Brinkmann, Rüdiger Stark und Jürgen Teichert. Wir von Bündnis Deutschland zeichnen uns, so kenne ich die Kollegen aus meiner Fraktion, so kenne ich mich, darin aus, dass wir zuverlässig, fachlich gut informiert sind, aufmerksam, kritisch sind und akribisch arbeiten. Und ich vermute, dass genau das, das Problem ist, weshalb

man uns nicht in den Vorstand wählt, denn das würde bedeuten, dass es unbequem wird. Ich möchte Ihnen insbesondere aus unserer Fraktion Herr Timke ans Herz legen, denn Herr Timke sitzt bereits seit Jahren im VuG-Ausschuss, Verwaltung- und Geschäftsordnungsausschuss, und ist mit seiner Erfahrung, auch was die Geschäftsordnung angeht, prädestiniert für diesen Sitz. Und wir werden ihn intern auf jeden Fall unterstützen. Wir beantragen die geheime Wahl und fordern alle Mitglieder dieses Hauses auf, stimmen Sie nicht gegen ein Recht, stimmen Sie für die parlamentarische Fairness.

Stadtverordneter RASCHEN:
Für die Position 4, Dritte Beisitzende schlägt die CDU-Fraktion Marina Kargoscha vor.

Stadtverordneter KAMINIARZ:
Für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN+P schlage ich die Stadtverordnete Schiller vor.

Wahl von 16:04 Uhr bis 16:26 Uhr

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:
Ich verlese die Stimmenergebnisse. Zur Dritten Beisitzerin, Position 4, Stelle 4, Vorschlag CDU, auf Frau Marina Kargoscha entfielen 30 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen und eine Ungültige, damit ist Frau Kargoscha gewählt. Frau Kargoscha hat uns schon schriftlich mitgeteilt, dass sie bei einer etwaigen positiven Wahl, diese auch annimmt. Wir kommen zur Stelle 5, vorschlagsberechtigt hier waren Bündnis 90/DIE GRÜNEN+P, vorgeschlagen war Frau Elena Schiller. Auf Frau Schiller entfielen 19 Ja, 17 Nein und 4 Enthaltungen sowie eine Ungültige. Damit ist Frau Schiller gewählt. Frau Schiller, nehmen Sie die Wahl an?

Stadtverordnete SCHILLER: Ja.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:
Auf die Stelle 6, 5. Beisitzerin, vorschlagsberechtigt Bündnis Deutschland. Hier standen auf der Vorschlagsliste Frau Sandra Brinkmann, Herr Rüdiger Stark, Herr Jürgen Teichert, Frau Julia Tiedemann und Herr Jan Timke. Auf Frau Sandra Brinkmann entfielen keine Stimmen, auf Herrn Rüdiger Stark entfielen 2 Stimmen, auf Herrn Jürgen Teichert entfielen keine Stimmen, auf Frau Julia Tiedemann keine Stimmen, auf Herrn Jan Timke 11 Stimmen, 19 haben mit Nein gewählt und 8 haben sich enthalten und ungültig war 1. Damit kommen wir in den zweiten Wahlgang. Für den zweiten Wahlgang auf dem Zettel werden stehen die beiden Personen mit den höchsten Stimmen, das wären Herr Jan Timke und Herr Rüdiger Stark.

Wahl von 16:28 Uhr bis 16:41 Uhr

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:
Ich bitte Sie, Ihre Plätze wieder einzunehmen, damit wir in der Sitzung fortfahren können, wobei es eben keine Unterbrechung war, sondern nur eine Wahl. Der zweite Wahlgang hat ergeben, zur Wahl standen hier Herr Rüdiger Stark, BD und Herr Jan Timke, BD-Fraktion. Auf Herrn Rüdiger Stark entfielen 2 Stimmen, auf Herrn Jan Timke 11 Stimmen. Nein haben gestimmt 19, Enthaltungen 9. Damit hat keiner der beiden die nötige Mehrheit erreicht. Und es ist keiner von beiden gewählt. Damit ist der Wahlgang für heute beendet.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:
Die Stadtverordnetenversammlung wählt in geheimer Wahl Marina Kargoscha auf Stelle 4 des Vorstandes der Stadtverordnetenversammlung.

Die Stadtverordnetenversammlung wählt in geheimer Wahl Elena Schiller auf Stelle 5 des Vorstandes der Stadtverordnetenversammlung.

Die Stadtverordnetenversammlung wählt in geheimer Wahl die Stadtverordneten Sandra Brinkmann, Rüdiger Stark, Jürgen Teichert, Julia Tiedemann und Jan Timke nicht auf Stelle 6 des Vorstandes der Stadtverordnetenversammlung.

Pause von 16:42 Uhr bis 17:22 Uhr

TOP 3.2 Neuwahl einer Vertretung im Jugendhilfeausschuss beim Amt für Jugend, Familie und Frauen **StVV - V 51/2025**

Keine Wortmeldungen
Beschluss:
Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Wahl von Frau Ayşe Demir als Nachfolgerin von Frau Rebecca Jongeling im Jugendhilfeausschuss beim Amt für Jugend, Familie und Frauen zu.

Der Beschluss ergeht bei 2 Nein-Stimmen (Jürgewitz, Lichtenfeld) und 1 Enthaltung (Schuster).

TOP 3.3 ZURÜCKGEZOGEN: Durchführung eines Aktionstages am 20.09.2025 zum Auftakt der Sportwoche für Alle im Bad 3 Ausnahmegenehmigung im Sinne von Ziffer 4.1 der Verwaltungsvorschriften zur vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Bremerhaven für das Haushaltsjahr 2025 **StVV - V 56/2025**

Beschluss:
Die Vorlage wurde vom Magistrat zurückgezogen.

TOP 3.4 Weitere Änderungen bei der Besetzung des Migrationsrates (Legislaturperiode 2023-2027) **StVV - V 58/2025**

Stadtverordneter JÜRGEWITZ:
Ich bitte, juristisch feststellen zu lassen, ob zwischen Wahl und Benennung ein Unterschied ist und wie sich das entsprechend definiert. Bevor wir weitermachen und hier irgendwas Falsches machen.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:
Wir haben uns mit dem Rechtsamt kurzgeschlossen. Dieses bestätigt das, was ich hier bereits zweimal ausgeführt habe: Eine Einzelabstimmung über die von Ihnen beantragten Namen ist nicht möglich. Ein Wechsel eines Namens, sofern dieser beantragt wurde, kann hingegen sehr wohl zur Abstimmung gestellt werden. Ansonsten wird über die Gesamtheit des Beschlussvorschlags abgestimmt – mit Ja, Nein oder Enthaltung. Ich bitte nun um das Handzeichen, wer dem Beschlussvorschlag folgen möchte.

Keine weiteren Wortmeldungen
Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung benennt Herrn Erkan Demir (Islamische Religionsgemeinschaft), Frau Irina Rosenberg (Jüdische Gemeinde im Land Bremen), Frau Stefanie Dunkel (Kulturamt) und Frau Bianca Ax (Wir für Bremerhaven) als Vollmitglied sowie Herrn Ayhan Gündogdu (Islamische Religionsgemeinschaft), Herrn Carsten Baumann-Duderstaedt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P) als neue stellvertretende Mitglieder für den Migrationsrat.

Der Beschluss ergeht bei 2 Nein-Stimmen (AfD) und 4 Enthaltungen (WfB, Lichtenfeld, Schuster).

TOP 3.5 Jahresbericht des Magistrats 2024 gem. § 53 Stadtverfassung **StVV - V 53/2025**

Keine Wortmeldungen
Beschluss:
Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den vorgelegten Jahresbericht des Magistrats 2024 gemäß § 53 der Stadtverfassung zur Kenntnis. Der Bericht wird nach der Behandlung in der Stadtverordnetenversammlung auf der Homepage der Stadt (www.bremerhaven.de) als pdf-Dokument einzusehen sein.

TOP 3.6 Klimaschutzstrategie 2038 | Jährliche Berichterstattung zum Umsetzungsstand der kommunalen Maßnahmen des Aktionsplans Klimaschutz in der Stadt Bremerhaven **StVV - V 57/2025**

Stadtverordnete TIEDEMANN:
Priorisierung Haushalt, Klimaschutz statt Pflichtaufgaben ein fatales Signal für Bremerhaven. Worüber diskutieren wir jetzt? Es geht hier um die Klimaschutzstrategie 2038 mit dem Ziel, Klimaneutralität bis 2038 in der Stadt Bremerhaven zu erreichen. Die Beschlussfassung will dabei festlegen, dass es eine verbindliche Priorisierung für Klimaprojekte in der Haushaltsplanung geben soll und in der Umsetzung. Man muss sich das jetzt mal vor Augen halten, mal abgesehen davon, dass wir immer noch keinen Haushalt haben, der ist nicht beschlossen, es liegt aktuell auch keiner vor. Wir sind jetzt im dritten Quartal 2025, haben noch keinen aktuellen Haushalt und der letzte Entwurf ist abgelehnt worden. Warum? Weil wir keinen ausgeglichenen Haushalt hinkriegen. Bei dieser massiven finanziellen Schieflage, die diese Stadt sowieso schon hat, soll jetzt auch noch eine Priorisierung auf einen Bereich erfolgen, der keine Pflichtaufgabe der Verwaltung und der Stadt bedeutet, meine Damen und Herren. Pflichtaufgaben gehen vor. Sanierungsbedarfe bei Straßen, Schulen, Sie haben erst mal den Rotstift bei den Sozialleistungen angesetzt gehabt, da sind Sie erst mal munter durchgegangen. Egal wie wir zu dem jeweiligen einzelnen Projekt stehen, aber da haben Sie erst mal schick den Stift angesetzt, sind da erst mal bunt durch, aber für Klimaschutz ist immer Geld da, aber nicht für die sozialen Aufgaben. Selbst wenn Sie mal über die Pflichtaufgaben hinausgehen, da fangen Sie als Erste dann an, zu streichen. Die Bindung auf Klimaprojekte lässt am Ende wenig Raum für die notwendige Finanzausstattung der Stadtverwaltung. Sparen sieht anders aus, meine Damen und Herren. Die Fraktion Bündnis Deutschland hat sich wirklich die Mühe gemacht, ein Sparkonzept aufzulegen mit strukturellen Änderungen. Und hier wird mit diesem Beschluss schon, bevor überhaupt man sich mit diesem Papier richtig auseinandergesetzt hat, eine Festlegung vorgenommen, die entgegen jeder Logik, was das Sparen, was die finanzielle Verantwortung der Stadt betrifft, vornimmt.

Zwischenfrage Stadtverordneter RASCHEN:
Frau Tiedemann, Ihnen ist schon bewusst, auch als Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, dass wir eigentlich über diese Vorlage abstimmen. Und es gibt so einen

Spruch: Oben sticht unten. Beschlussvorschlag in dieser Senatsvorlage: „Der Senat beschließt den Aktionsplan Klimaschutz in der überarbeitenden und weiter entwickelten Version. Der Senat bitte alle Ressorts und den Magistrat Bremerhaven, die Umsetzung der Maßnahmen des Aktionsplanes Klimaschutz entschieden voranzubringen.“ Das heißt, wir sind ein Stück weit durch das Land gezwungen, entsprechend tätig zu werden. Können Sie das bestätigen?

Stadtverordnete TIEDEMANN:
Das sagt lediglich aus, dass wir uns um diese Projekte mit zu kümmern haben. Dass wir aber eine vornehmliche Priorisierung vornehmen müssen, sagt das letztlich nicht. Und letztlich müssen wir auch selbst entscheiden und überlegen, ob wir im Zweifelsfall gegen einen solchen Beschluss uns dann auch als Stadtverwaltung wehren oder als Stadtparlament wehren. Wenn er entgegen jedweder Logik und finanzieller Verantwortung geht. Wir müssen nicht alles hinnehmen, Herr Raschen. Wir sind hier ein eigenständiges Gremium, wir haben einen eigenständigen Kopf zum Denken. Und können dann auch zum Senat gehen und sagen: „Entschuldigen Sie, schön, dass es beschlossen ist, aber so können wir hier in der Stadt Bremerhaven das nicht umsetzen“, wir haben nicht mal einen Haushalt. Und ganz ehrlich, hier gibt es genügend Abgeordnete, die mit den Abgeordneten in der Bremischen Bürgerschaft in Kontakt stehen, teils sind die sogar dort. Dann muss man da besser kommunizieren. Und dort schon sagen, das kann sich Bremerhaven nicht leisten.

Zwischenfrage Stadtverordneter MIHOLIC:
Vielen Dank, Frau Kollegin Tiedemann. Meine grundsätzliche Frage an Sie, wenn das Land eine Kommune dazu verpflichtet, gewisse Ziele zu erreichen, unabhängig davon, wie man sie vor Ort findet, sollten wir uns dann nicht an das Recht halten und diese Ziele umsetzen?

Stadtverordnete TIEDEMANN:
Dazu habe ich ja eben schon gesagt, erstens haben wir Vertreter im Landtag, die sich auch für Bremerhaven einsetzen müssen. Und wenn Bremerhaven das finanziell nicht stemmen kann, dann müssen sie das auch im Bremischen Parlament klar benennen und sagen. Und auch wir hier können sagen: „Danke, dass ihr uns das auferlegt habt, aber wir können es nicht umsetzen.“ Das heißt, hier einen weiterführenden Beschluss zu fassen, ist fahrlässig. Wir hätten hier jetzt darüber beschließen müssen, ob wir uns mit dem Senat auseinandersetzen und sagen: „So können wir es nicht umsetzen, bitte überlegt euch was Neues mit besten Grüßen zurück an den Absender.“ Man kann Beschlüsse nämlich auch noch revidieren oder überarbeiten.

Zwischenfrage Stadtverordneter MIHOLIC:
Vielen Dank für Ihre Antwort. Gestatten Sie mir noch eine Frage? Vielen Dank. Inwiefern sollte dann ein Verwaltungshandeln sich von diesen politischen Auseinandersetzungen beeinflussen lassen, wenn die Rechtslage so ist, dass die Kommune dazu verpflichtet ist, das Ziel zu erreichen?

Stadtverordnete TIEDEMANN:
Wir haben hier keine Rechtslage, wir haben hier einen Beschluss des Senats beziehungsweise aus Bremen heraus. Und das ist keine rechtliche Verpflichtung, sondern eine selbst auferlegte des Landes. Und gegen die können wir durchaus was sagen und uns dafür einsetzen, dass wir diesen Beschluss nicht umsetzen müssen. Wir müssen es nicht blind annehmen. Wir können wenigstens versuchen, mit dem Land zu sprechen und da eine Änderung zu beantragen. Aber hier wird mal wieder blind alles angenommen, weil Klimaschutz, juhu, dass der Rest dabei wieder mal auf der Strecke liegen bleibt, dass wir nicht mal einen Haushalt 2025 bisher haben, obwohl das Jahr fast um ist und wir schon über 2026 reden müssen, das wird dabei nämlich schon wieder vergessen. Also, öffentliche Entscheidungsträger sind zwar zu einer Priorisierung verpflichtet, sie müssen allerdings dabei sehr genau darauf

achten, was sind Pflichtaufgaben, was sind Zusatzaufgaben und insbesondere, bevor Sie zusätzliche Aufgaben verbindlich machen. Unsere Fraktion hat bereits ein Sparkonzept erarbeitet mit klaren Prioritätslinien, Einsparansätzen, überprüfbaren Kennzahlen. Statt dieses Konzept aufzugreifen, schafft man sich direkt neue Verpflichtungen ganz ohne Finanzierungsbasis. Wunderbar. Sie zeigen also ganz eindeutig, wie Sie zur finanziellen Lage dieser Stadt stehen und wie Sie weiterhin bereits sind, das Geld einfach auszugeben, ohne dass da etwas hinter steckt. Meine Damen und Herren, vielen Dank, wir werden diesen Beschlussvorschlag anlehnen, denn wir von Bündnis Deutschland stehen für eine vernünftige Finanzpolitik, für eine überlegte Finanzpolitik. Und dafür, dass wir Pflichtaufgaben vor Zusatzaufgaben stellen.

Stadträtin TOENSE:
Sehr geehrte Frau Tiedemann, ich verstehe Ihre Aufregung überhaupt gar nicht. Haben Sie sich die Vorlage einmal durchgelesen? Steht da drin, dass die Kommune jetzt aufgrund dieser Beschlusslage Geld in die Hand nimmt? Nein. Nein, auch nicht indirekt. Im Gegenteil, Sie sind aufgefordert, ich zitiere hier noch mal an der Stelle: „Zusätzlich sind die Akquise von Drittmittel zu eruieren und entsprechende Vorlagen in die zuständigen Gremien einzubringen.“ Und Ihnen mal auch jetzt hier mit auf den Weg zu geben, die Stadtverordnetenversammlung hat bereits im April 2023 diesen Aktionsplan Klimaschutz beschlossen. Damals noch unter anderen Voraussetzungen. Damals ging es noch um die sogenannten Fast-Lane-Mittel, die das Land zur Verfügung stellen wollten. Und wo wir auch als Stadtgemeinde hätten partizipieren können. Und das ist der Stand 2023. Sie wissen, was aus den Fast-Mitteln geworden ist. Das Land konnte aufgrund einer Klage beziehungsweise eines bundesverfassungsgerichtlichen Urteils diese Fast-Lane-Mittel nicht rausgeben, aber der Aktionsplan ist weiterhin in der Welt. Und wir haben uns jetzt ein Jahr lang die Zeit genommen, insbesondere mit meinem Dezernats- und Dezernentinnen-Kolleg:innen, diesen Aktionsplan zu überarbeiten. Und zu gucken, was ist davon noch aktuell, was können wir noch davon umsetzen, welche Möglichkeiten gibt es. Weil nur, weil Sie sagen, in der Kommune Bremerhaven gibt es kein Geld, heißt das für uns nicht, untätig zu bleiben. Im Gegenteil, wir gucken nach Fördertöpfen. Und jetzt möchte ich Ihnen nämlich mal sagen, dass wir, obwohl wir keine Fast-Lane-Mittel, oder wenn, dann nur geringfügig erhalten haben, uns auf den Weg gemacht haben, den Wärmeplan umzusetzen, den Wärmeplan Bremerhaven. Der wird umgesetzt mit 200.000 Euro Bundesmittel. Da ist nicht ein einziger Euro kommunale Haushaltsmittel eingeflossen. Also versuchen Sie bitte klarzustellen bei den Leuten, wenn Sie hierzu sagen, dass es hier mit dieser Vorlage keine kommunalen Gelder verbraucht werden. Darüber hinaus haben wir auch noch Weiteres, trotz der knappen Kassen, die wir haben, umgesetzt. Die Rad- und Fußverkehre, da kann Herr Charlet wahrscheinlich sogar noch ausführlicher berichten mit der Radroutenplanung. Auch die LED-Umstellung der Straßenlampen findet weiterhin fortlaufend statt. Dann die Straßenbäume, die Geschichte, die Frau Kathe-Heppner insbesondere mit dem RE:SET-Programm, auch wiederum ein Bundesprogramm, umgesetzt hat. Also wir sind hier schon auf einem guten Weg. Ich bin Ihnen, es könnte schneller sein. Ich würde mir auch kommunales Geld wünschen, aber das haben wir nicht. Und von daher soll uns das aber nicht davon abhalten, Klimaschutz hier in dieser Stadt nicht weiter voranzutreiben.

Zwischenfrage Stadtverordnete TIEDEMANN:
Sie können uns also garantieren, dass mit den Drittmitteln nicht ein Euro kommunales Geld für diese Projekte in die Hand genommen wird? Auch nicht durch Folgekosten, die irgendwie durch die Wartung oder Instandhaltung entstehen?

Stadträtin TOENSE:
Ich garantiere Ihnen hier gar nichts.

Zwischenfrage Stadtverordnete TIEDEMANN:
Sehen Sie, genau das. Genau das, Sie können es nicht.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:
Frau Tiedemann, vielleicht wäre es an der Zeit, dann auch, wenn Sie eine Frage stellen, die Stadträtin auf Ihre Fragen antworten zu lassen, die übrigens auch begonnen hatte, und Sie nicht zu unterbrechen.

Stadträtin TOENSE:
Also das garantiere ich Ihnen nicht, es steht aber in der Vorlage drin, dass ausdrücklich die Gremien, denen Sie ja auch angehören dieser Stadtverordnetenversammlung, dann anschließend noch mal über die Maßnahme entscheiden werden. Also von daher kann es möglich sein, dass wir an irgendeiner Stelle im kommunalen Haushalt noch Mittel haben, aber erst mal sind wir als Dezernenten aufgefordert, Drittmittel des Landes und des Bundes zu akquirieren. Und ganz ehrlich, Sie stehen zur Verfügung, sie machen uns mehr Arbeit, weil die Antragsstellung keine einfache ist. Das möchte ich hier den Kolleginnen und Kollegen auch mal mich schützen vor die stellen, weil das wirklich nicht ohne ist. Aber es ist möglich, also es ist Geld da, zu akquirieren. Und da sind wir aufgefordert.

Zwischenfrage Stadtverordnete TIEDEMANN:
Also Sie geben zu, dass Sie nicht garantieren können, dass entsprechend kommunale Mittel gar nicht eingesetzt werden müssen. Und dass Sie gewillt sind, trotz der finanziellen Schieflage unserer Stadt, massiv den Klimaschutz voranzutreiben, auch wenn es bedeutet, dass wir noch weitere kommunale Gelder dafür in Anspruch nehmen müssen?

Stadträtin TOENSE:
Noch mal, Frau Tiedemann, dieses Haus hier hat im Jahre 2023 den kommunalen Klimaschutzaktionsplan beschlossen. Ich bin aufgefordert von diesem Haus, diesen umzusetzen. Und hiermit lege ich Ihnen jetzt erstmalig einen Aktionsplan 2.0 vor, der sozusagen noch mal die Maßnahmen, die wir damals, ja, beschlossen haben, noch mal neu aufarbeitet unter den neuen Voraussetzungen. Also von daher, ja, selbstverständlich setze ich mich weiterhin für Klimaschutzthemen ein, ganz klar.

Stadtverordnete KNORR:
Ich habe eigentlich nur zwei Fragen. Und zwar wurden ja ein paar Maßnahmen zurückgestellt. Und zwar einmal die Maßnahme Flächenversiegelung vermeiden. Da würde ich gerne wissen, was jetzt so die Gründe dafür waren, das zurückzustellen. Und die Zweite auch, also klimaverträgliche Standards bei Verkauf städtischer Grundstücke sowie Anmietungen durch die Stadt, was ja halt mit Klimaneutralität der Gebäude und Energieeffizienz der Gebäude zu tun hat. Ja, wenn Sie mir das kurz beantworten könnten.

Stadtverordneter KOCAAGA:
Die Vorlage, die uns jetzt vorliegt, bezieht sich auf den Bedarf nach dem 23. April 2024 und auf die Aktualisierung des Landesprogramms Klimaschutzmaßnahmen 2.0. Die Diskussion, die wir dazu eben gehört haben, war für mich ehrlich gesagt schwer nachzuvollziehen. CDU- und FDP-Kollegen haben sinngemäß gesagt, das sei ein Förderprogramm des Landes – sonst hätten wir das hier gar nicht behandelt. Aber so funktioniert Kommunalpolitik nicht. Selbst wenn das Land ein Programm nicht vorgestellt hätte, wären wir als Kommune trotzdem verpflichtet, Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen. Ob und in welchem Umfang das Land uns dabei fördert, ist die eine Seite. Die andere Seite ist unsere eigene Verantwortung: Jede Kommune hat die Pflicht, Maßnahmen zum Klimaschutz durchzuführen. Es geht also nicht darum, ob wir Klimaschutz für nötig halten oder nicht, sondern darum, dass er zu unseren grundlegenden Aufgaben gehört – genauso wie soziale, schulische

oder gesundheitliche Aufgaben. Wenn wir Klimaschutz vernachlässigen, gefährden wir die Lebensqualität und die Gesundheit der Menschen. Wir würden der nächsten Generation keine lebenswerte Welt hinterlassen. Klimaschutz ist keine freiwillige, sondern eine verpflichtende Aufgabe, für die wir politische Verantwortung tragen. Die Frage der Finanzierung ist eine andere Ebene. Möglichkeiten bestehen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene, aber auch auf kommunaler Ebene. Wenn wir hier jedoch sagen, dass wir aufgrund von Haushaltsproblemen keine Klimaschutzmaßnahmen mehr umsetzen können, ist das ein fatales politisches Signal. Wir sind verpflichtet, diese Maßnahmen durchzuführen und die Klimaziele – insbesondere das Ziel der CO_2-Neutralität bis 2038 – zu erreichen, genauso wie wir verpflichtet sind, soziale, gesundheitliche und schulische Aufgaben wahrzunehmen. Diese Aufgabe wird von Tag zu Tag dringlicher. Die Hitzewellen, Starkregen und Unwetterereignisse der letzten Zeit zeigen deutlich, wie notwendig entschlossenes Handeln im Klimaschutz ist. Die Vorlage, wie sie die Dezernentin eben dargestellt hat, dient dazu, die bisherigen Klimaschutzmaßnahmen 1.0 aufgrund einer Entscheidung des Bundesgerichts zu überarbeiten, die Ziele neu zu formulieren und sie praktikabel zu bündeln – daher Klimaschutzmaßnahmen 2.0. Bremerhaven ist Teil des Landes und damit auch Teil des Landesprogramms. Wenn wir das nicht wären, könnten wir selbst entscheiden, nichts für den Klimaschutz zu tun. Aber diese politische Möglichkeit existiert in einer Demokratie wie der unseren nicht – und das ist auch gut so. Wir sind hier, um diese Maßnahmen zu verteidigen und ihre Umsetzung zu ermöglichen. Wie die Finanzierung im Detail aussieht, habe ich bereits dargestellt. Jetzt geht es darum, die fünf zentralen Bausteine des Landesprogramms Klimaschutzmaßnahmen 2.0 umzusetzen, an denen auch Bremerhaven beteiligt ist.

Stadtverordneter ALLERS:
Ich danke der Stadträtin Toense schon mal für die einzelnen Worte. Natürlich ist es selbstverständlich wichtig, diese Vorlage auch zu beschließen. Ich fasse mich sehr kurz. Das eine ist bei Position 2 auch ganz deutlich aufgeführt worden, das ist ja auch klugerweise vom Dezernat eingebaut worden. Hier steht: „Sofern es hierfür zusätzliche finanzieller beziehungsweise personeller Ressourcen bedarf, sind entsprechende Vorlagen in die zuständigen Gremien einzubringen.“ Somit heißt es, auf gut Deutsch übersetzt, alles muss hier durch das Parlament, es ist kein Freibrief und dementsprechend kann das Dezernat zu gegebener Zeit seine Vorlagen einbringen. Und wenn es dafür politische Mehrheiten gibt und auch eine Finanzierung ansteht, dann ist das so. Das Entscheidende ist aber, am Rande der SAiL habe ich ein Gespräch geführt. Und da ging es nämlich um die großen Maßnahmen, die die Bundesregierung beschlossen hatten, und um das Sondervermögen. Und da fasse ich mich ganz kurz. Und zwar der KTF-Fonds, Klima- und Transformationsfonds, ist ausgelegt, wie alle anderen auch, auf zwölf Jahre. Das heißt, 100 Mio. für das Land, also vom Bund für das Land in die einzelnen Bundesländer und transferiert auch nachher für die Kommunen. Und es gibt einen ganz wichtigen Passus und der ist wichtig, und der heißt, dass die Kommunen nicht erst anfangen und auch die Länder erst anfangen sollen, Projekte zu entwickeln, sondern am besten schon die Schubladen voll haben, um dann dementsprechend die entsprechenden Maßnahmen ziehen zu können. Man hat es ja gesehen am Hafen zum Beispiel mit der Drehbrücke, wenn sich so was dann nicht präsentiert, dann hat man immer das Problem, dass man jahrelang erst Planung machen muss, bevor man baut, unabhängig von den Infrastrukturmitteln. Und das bedeutet, dass wir hier auf einem guten Wege sind, und ich halte es für sinnvoll, denn, es kann ja nicht sein, dass nachher öffentliche Mittel, wo wir nicht mal komplementieren müssen, wir nicht in der Lage sind, dagegen zu halten mit entsprechenden Vorlagen. Das, was ich hier im Redebeitrag wahrgenommen habe, heißt im Grunde genommen, das Umweltamt kann seine Arbeit einstellen. Das wäre natürlich völlig absurd. Die haben ihren Job getan, die haben die Vorlagen vorbereitet, es gibt Möglichkeiten, hier dann aktiv zu werden. Und ich glaube auch, wenn dann die Mittel kommen sollten und uns dann auch erreichen sollten, das sage ich jetzt mal im Konjunktiv, dann haben wir auch die

Möglichkeit, dementsprechend hier in Bremerhaven Maßnahmen umzusetzen. Deswegen werden wir als SPD-Fraktion der Vorlage zustimmen.

Stadtverordneter KAMINIARZ:
Ich will mich mal auch kurzfassen. Frau Tiedemann, vielen Dank. Vielen Dank, dass Sie persönlich und auch für Ihre Truppe mal die Maske fallen lassen. Sie gerieren sich hier so als bürgerlich, als Teil der Mitte, als Vertreter des Volkes. Sie können das gerne klarstellen, Herr Timke, kommen Sie gleich rein. Sie tun so, als seien Sie, und das haben Sie ja eben zuletzt bei der Vorstandswahl wieder gesagt, Sie gehören doch selbstverständlich dazu. Jetzt stellen Sie sich hier hin und sagen, Klimaschutz ist doch Chichi, ist nicht notwendig. So habe ich Sie verstanden. Sie können herkommen und sagen, wie notwendig Sie das sehen. Ich habe Sie als Klimawandelleugnerin wahrgenommen. Das scheint ja nicht wichtig zu sein. Das ist das eine. Vielen Dank, dass Sie jetzt mal offen sagen, weil im politischen Spektrum, wenn ich mir das so angucke, gibt es eigentlich nur noch eine einzige Gruppe, ich halte die für faschistisch, die ganz klar sagt, Klimawandel findet gar nicht statt. Selbst die CDU, man kann sich ja über das Tempo der notwendigen Maßnahmen, das tun wir ja auch regelmäßig, streiten, aber selbst da bestreitet keiner die Notwendigkeit gegen den laufenden Klimawandel und vor allem seine Auswirkungen durch die Klimakrise was zu tun. Niemand. Sie haben sich gerade hingestellt und gesagt, das ist ja freiwillig, das brauchen wir nicht, können wir auch gar nicht, haben kein Geld dafür. Stellen Sie es klar, wenn ich Sie falsch verstanden habe, kein Thema. Also, vielen Dank, dass Sie die Maske runtergelassen haben, hier ganz klar gesagt haben, Klimawandel gibt es nicht. Wenn ich Sie falsch verstanden habe, korrigieren Sie das. Wenn es ihn gibt, ist es nicht notwendig, dass wir dagegen was, machen, schon gar nicht auf kommunaler Ebene, soll das doch das Land, der Bund, die UNO, wer auch immer machen, aber wir haben da kein Geld für. Das Zweite ist, Sie sagen, das ist eine freiwillige Sache, sitzen aber gleichzeitig in der Bremischen Bürgerschaft, der Kollege Timke sogar noch länger. Herr Timke wird sich daran erinnern, 2015 ist das Bremische Klimaschutz- und Energiegesetz erlassen worden. Genau dieses Gesetz verpflichtet in § 1 das Land, damit auch die beiden Stadtgemeinden, den CO2-Ausstoß bis zum Jahre 2038 um mindestens 95 Prozent zu reduzieren. Wie soll das denn gehen? Wer soll das denn machen? Es steht im Gesetz ganz klar drin, dass alle Teile der öffentlichen Hand und natürlich auch diese Stadtgemeinde sich an diesen Anstrengungen beteiligen müssen. Es steht sogar was von Vorbildfunktion drin. Das ist nicht Chichi oder freiwillig, das ist Pflicht.

Zwischenfrage Stadtverordneter TIMKE:
Der Kollege Raschen hat ja gerade vorgelesen, wie der Beschlussvorschlag oder die Intension aus Bremen war. Und demnach bittet uns der Senat, das umzusetzen. Er fordert uns nicht auf, eine gesetzliche Grundlage umzusetzen, sondern er bittet uns. Und sind Sie nicht auch der Meinung, dass eine Bitte keine Verpflichtung ist?

Stadtverordneter KAMINIARZ:
Herr Timke, Sie kennen sich ja schon ein bisschen länger auch in der Landespolitik aus. Das Konnexitätsprinzip wird Ihnen was sagen. Sie kennen auch gleichzeitig die Kassenlage des Landes. Wenn das Land uns anweist, müssen Sie es auch bezahlen. Ich vermute, darin liegt der Grund. Aber das hier darzustellen, als wäre es eine Freiwilligkeit, nur weil es eine Bitte des Landes ist, das halte ich für sehr weit hergeholt. Noch mal eben wieder zurück. Pflichtaufgabe, also es steht in dem Landesgesetz seit über zehn Jahren, zuletzt 2023 novelliert. Ich glaube, da saßen Sie auch schon in der Bürgerschaft, Frau Tiedemann. Tatsächlich ist ja nicht die Frage, ist der Klimawandel was Nettes, müssen wir dagegen was tun, der Zeitfaktor ist sogar ganz entscheidend, meine Damen und Herren. Im letzten Klimabericht des IPCC wird

nochmals darauf hingewiesen, dass wir eigentlich viel zu wenig tun nach wie vor. Ich hoffe, Sie genießen den Sommer gerade, weil das wird für die nächsten Jahrzehnte der kälteste gewesen sein, wie auch dies Sommer übrigens davor. Für mich persönlich, auch für meine Fraktion, ich glaube, auch andere Teile hier in der Stadtverordnetenversammlung wäre der Einsatz kommunaler Mittel tatsächlich für den Klimaschutz durchaus notwendig, dass die finanzielle Lage jetzt gerade so ist, wie sie ist, das müssen wir alle zur Kenntnis nehmen. Aber sich hier hinzustellen und zu sagen, das wäre, ich sage mal, Luxus, etwas, was wir nicht müssen, sondern das, was wir können. Das ist sehr weit hergeholt. Ich danke nochmals, dass Sie sich so klar und offen geäußert haben. Ich werde das zukünftig einschätzen zu wissen.

Stadtverordneter SCHOTT:
Diese Aufgeregtheit wie am Anfang, die ist doch total unnötig. Also der Zweifel, ob die Beschlussvorschläge richtig gelesen worden sind, sind mit Recht gestellt worden. Denn es geht um die Kenntnisnahme des Umsetzungsstandes dieser Maßnahmen. Und dass eine laufende Berichterstattung stattfinden soll in den entsprechenden Ausschüssen und auf der digitalen Ebene. Das ist einer. Der Zweite ist, dass die entsprechenden Fachämter aufgefordert werden, entschieden diese Maßnahmen voranzubringen, wenn die entsprechenden Ressourcen vorhanden sind. Wenn sie nicht vorhanden sind, sollen sie entsprechend Anträge stellen, die dann durch uns, entweder freigegeben werden oder nicht. Und wenn man sich die Mühe macht, diese 87 Maßnahmen, die noch laufen, 15 sind schon abgeschlossen, im Bundesland Bremen sind es 245 gesamt, sind da Maßnahmen bei, die Sie, Frau Tiedemann, gerade ganz stark angezweifelt haben, da geht es in einem Themenbereich nämlich um Gebäude, Wohnen, Stadtentwicklung, Klimaanpassung. Jede Schule, die wir sanieren, ist eine dieser Maßnahmen, die da drinsteht. Also wir machen was für die Schulen, wir machen was für die Kindergärten, wir machen was für die Menschen. Und erfüllen gleichzeitig diese Maßnahmen. Es ist kein Gegeneinander, es ist ein Miteinander. Und natürlich haben wir nicht die Ressourcen, um alle Maßnahmen auf einmal zu machen. Und auch das Ziel 2038 ist ein sehr sportliches Ziel, so ehrlich muss man ja auch sein. Und 2050, Herr Allers, ist schon sehr sportlich. Also wir werden uns alle dafür verändern müssen. Daher werden wir als CDU-Fraktion diesem Antrag zustimmen.

Stadtverordneter MIHOLIC:
Ich bedauere wirklich sehr die Boulevardisierung dieser Debatte des Themas, dass nun auch heftige Vorwürfe fallen, im Sinne von, die einen sind Klimaleugner, die anderen verbrennen Steuergeld. Das finde ich, tut der Vorlage eigentlich gar nicht nützlich dienen, sondern macht das Anliegen, welches wir haben, die Klimaziele so effizient wie möglich zu erreichen, in der Bevölkerung vielleicht ein bisschen unattraktiv. Und das finde ich echt als bedauerlich. Also zum Thema Mehrebenen-Demokratie, es ist nun mal so, dass der Bund festgelegt hat, die Bundesrepublik Deutschland muss ab 2045 klimaneutral sein. Das Land Bremen hat das Jahr 2038 zur Klimaneutralität aufgerufen. Und unsere Aufgabe als Kommune ist es nicht, als Verwaltungsorgan, weil wir sind ja jetzt kein Parlament im herkömmlichen Sinne, sondern wir sind eigentlich das politische Entscheidungsgremium des Magistrats. Unsere Aufgabe ist es nicht, höherrangiges Recht zu kritisieren, sondern im Rechtsstaat haben wir eigentlich die Pflicht, mitzuarbeiten, um diese Gesetze eben einzuhalten. Unsere Aufgabe ist es nicht, festzustellen, was der Klimawandel ist, sondern wie wir bestmöglich die Verwaltung politisch dabei zu begleiten, diese Ziele, egal wie man die Einstellung findet, so effizient wie möglich zu erreichen. Drittmittel sind in dem ganzen Prozess für uns unerlässlich, aber die Lage ist finanziell so ernst, dass selbst bei 90-prozentigen Förderungen wir uns wirklich die Frage stellen müssen, können wir die Komplementärmittel überhaupt darstellen. Und an dieser Stelle ist es dann umso wichtiger, dass wir in guten Gesprächen mit der Verwaltung,

die ein sehr, sehr gutes Auge für hat, welche Fördermittel machen Sinn, welche nicht, wir priorisieren, um halt diese Ziele zu erreichen. Ich betone es noch mal, wie wir das übergeordnete Recht finden, ist nicht so wichtig, wir müssen an Lösungen arbeiten, um die Ziele zu erreichen. Und da wünsche ich mir, ehrlich gesagt, mehr Konstruktivität in dieser Sache. Als FDP-Fraktion stimmen wir der Vorlage zu. Und wir hoffen künftig auf eine mehr konstruktiv, zielgerichtet Arbeit, wie wir es schaffen können, mit möglichst wenig Geld, so viel CO2 wie möglich in der Stadt einzusparen.

Stadtverordnete TIEDEMANN:
Hier ist jetzt wirklich einiges gesagt worden und ich versuche mal, die Redner entsprechend abzuarbeiten. Fangen wir doch erst mal mit Herrn Kaminiarz an, der ja nun den Vorwurf in den Raum geworfen hätte, wir wären Klimaleugner. Bitte, es gibt Aufzeichnungen von meiner Rede, zitieren Sie mir aus den Aufzeichnungen, wo genau ich das gesagt habe, sinngemäß oder wortwörtlich. Und da werden Sie nicht einen Satz finden, der uns als Klimaleugner irgendwie darstellt, Herr Kaminiarz. Also hören Sie auf, das in den Raum zu werfen und den Leuten zu suggerieren, wir wären irgendwelche Klimaleugner. Nein, sinnvolle Klimaschutzmaßnahmen finden wir gut, wir sind zum Beispiel für die Atomkraft, und da werden Sie jetzt wieder heulen, ich weiß, weil sie eben im Verhältnis gute Energie liefert und wenig Müll verursacht, ja. Schauen Sie sich die Rotorblätter an, was das bedeutet. Und einige der anderen, ich meine, Solarflächen machen auf Wiesen, wunderbar, dafür am besten noch Bäume fällen, halleluja. Aber gut, wir bestreiten nicht die Klimakrise, wir bestreiten nicht, dass das Wetter sich verändert, dass das Klima sich verändert. Aber man muss halt eben auch mal die Kirche im Dorf lassen, überlegen, was ist für uns möglich als Kommune. Was für einen Aufwand müssen wir finanziell betreiben, um unseren Teil beizutragen, um unseren Teil zu leisten. Und da sind wir schon längst am Ende der Fahnenstange angekommen in dieser Stadt. Man sieht hier wunderbar, ist auch schön, Herr Kaminiarz, Ihre Aussage bezüglich der nächsten Sommer, Entschuldigen Sie, nicht mal die Wetterexperten beim Wetterbericht können das Wetter für morgen hervorsagen korrekt. Und Sie wollen uns sagen, was für Sommer wir dann demnächst haben werden. Das ist auch interessant. Aber gut, Sie sind ja mehr Experte als die Experten. Was ich interessant finde, ist, dass alles, was hier gesagt wurde oder vieles, was hier gesagt wurde, darauf abzielte, von mehreren Rednern, ja, das muss ja erst mal durch das Gremium dann durch, wenn wir die Kohle so nicht irgendwie haben und bereitstellen können oder die Zuwendungen nicht ausreichen und die Drittmittel, dann geht das sowieso durch die Ausschüsse und dann muss das dann eh noch besprochen werden durch die Gremien, haben Sie sogar vorgelesen. So, jetzt überlegen wir uns aber mal, dass die Koalition komplett hinter diesem, ich sage mal, finanziellen Klimawahnsinn hinter steht. Schauen Sie sich einfach mal an, was im Bauausschuss und in der Stadtverordnetenversammlung bisher beschlossen wurde, da werden Sie sehen, wenn es mit Klima zu tun hat, wird es bewilligt, egal wie sinnvoll unsinnig das Projekt kostet. Also von daher, wenn wir diesen Antrag so beschließen heute, ist klar, alles, was Sie als Antrag einbringen werden dazu, wird bewilligt. Wir werden das Geld weiterhin mit vollen Händen ausgeben. Zuerst sollten die Belange der Stadt im Vordergrund stehen. Warum? Zum einen, weil die Bürger der Stadt ein Anrecht darauf haben, dass wir mit ihren Steuergeldern gut umgehen, egal aus welchem Topf sie kommen. Zweitens, die Bürgerinnen und Bürger haben ein Anrecht darauf, dass die Stadt vernünftig läuft, dass die Verwaltung gut läuft, dass es in ihrem Leben, das, was die Stadt beeinflussen kann, gut läuft, das heißt, Straßen laufen, der Verkehr muss fließen, die Leute müssen genug Jobs haben und so weiter und so fort. Was wir brauchen, ist eine funktionierende Wirtschaft, einen ausgeglichenen Haushalt. Und wenn man so etwas hat, dann kann man sich um freiwillige Aufgaben kümmern. Ja, Herr Kaminiarz, es gibt Pflichtaufgaben und es gibt Aufgaben, die man on top macht. Und in diesem Fall sind Klimaschutzmaßnahmen on top. Sie sind nicht dazu geeignet, die Verwaltung der Stadt aufrechtzuerhalten, die Sicherheit der Stadt aufrechtzuerhalten. Sie sind eine On-top-Maßnahme. Und dafür

braucht man erst mal Geld. Wenn die Stadt funktioniert, wenn die Stadt finanziell gut aufgestellt ist, dann können wir uns über so viele finanzielle Belastungen im Bereich Klima unterhalten wie Sie nur wollen, solange Sie bezahlbar sind, aus unserem Topf. Wir haben vielleicht eine Verpflichtung, uns auch an den Klimaschutzzielen mit zu beteiligen, okay. Es ist okay, sehe ich ein, es wurde beschlossen, vielleicht auch gegen unseren Willen. Aber wir können nur machen, was für uns als Stadt und als Kommune möglich ist. Mehr nicht. Wir können nicht ohne Grenzen uns an den Klimaprojekten beteiligen. Wir haben Grenzen, finanzielle. Und die müssen wir einhalten. Wir müssen priorisieren. Die Priorisierung muss sein, Pflichtaufgaben vor freiwilligen beziehungsweise. On-top-Aufgaben.

Stadtverordneter RASCHEN:
Frau Tiedemann, ich empfehle Ihnen wirklich, im Nachgang ihre beiden Redebeiträge anzuhören. Sie haben zwar nicht die Leugnung in den Mund genommen, aber alles, was Sie erklärt haben, deutet genau darauf hin. Sie wollen eigentlich alles beim Alten belassen und nichts neu machen, genau das haben Sie gesagt, alles ist schick, alles ist easy. Ich kann Ihnen zwei Dinge empfehlen, gucken Sie sich die Bilder aus dem Ahrtal an, so was habe ich in 60 Jahren noch nicht erlebt, dass das in Deutschland möglich ist. Daraus kann sehr wohl ableiten, dass sich hier bei uns etwas verändert. Und damit Sie nicht ganz so weit fahren, empfehle ich Ihnen einen Besuch im Klimahaus, die Extremwetterausstellung. Vielleicht verstehen Sie dann, dass was passieren muss. Und dann bin ich bei Herrn Kaminiarz, wir sind nicht über die Schrittgeschwindigkeit einer Meinung, aber dass Maßnahmen passieren müssen, darüber sind wir uns einig. Und nicht mehr und nicht weniger macht Bremerhaven hier an der Stelle. Wir haben in der letzten Wahlperiode in Bremen die Klima-Enquete-Kommission auf Initiative der CDU ins Leben gerufen. Diese Enquete-Kommission hat einen Abschlussbericht vorgelegt. Mit diesem Abschlussbericht beschäftigt sich auch die Klima-Controlling-Kommission weiterhin. Und damit ist auch Bremerhaven ein Teil davon und muss sich beteiligen. Nun will ich Ihnen jetzt aus meinem Verkehrsbereich mal zwei Projekte nennen und Sie werden auch bald hier im Fischereihafen die Gelegenheit haben, die Fahrzeuge zu sehen, damit Sie sehen, es passiert was. Bremerhaven Bus hat inzwischen zehn Wasserstoffbusse, das sind 10 Prozent unserer Busflotte, damit sind 10 Prozent CO2 weniger. Die unmittelbaren Nachbarn von uns, die MBA oder BEG, die haben inzwischen zehn Elektroautos, das heißt, alleine in dem Bereich 20 Fahrzeuge, die kein CO2 mehr ausstoßen. Und diese Maßnahmen, die finden Sie in dem Katalog wieder und die werden weiter fortentwickelt. Immer, wenn die monetären Mittel da sind. Und da sind auch sehr viel Gelder bei, zum Beispiel die Wasserstoffbusse sind vom Bund und vom Land gefördert worden, kein kommunales Geld. Und auch bei der BEG ist kein kommunales Geld und trotzdem dient es, CO2 zu reduzieren, uns auf den Weg zu machen. Wäre ja schön, wenn Sie wenigstens einen konkreten Vorschlag machen würden, aber Sie lehnen im Prinzip irgendwie alles ab, wollen bei allem bleiben und blenden die Bilder aus. Ja, Sie haben nicht gesagt, dass es keine Klimakrise gibt, aber Sie haben alles zu getan, um daraufhin zu deuten, dass Sie tatsächlich davon überzeugt sind, dass es kleine Klimakrise gibt. Und da sollten Sie das eine oder andere Mal nachlesen. Wir werden, wie mein Kollege Schott schon gesagt hat, dem Antrag natürlich zustimmen.

Stadtverordnete SCHILLER:
Also Frau Tiedemann, mein Kollege hat es ja schon eben schon gesagt, aber Sie haben sich hier wirklich mal wieder offenbart. Und zwar, dass Sie entweder nicht rechnen können oder den Klimawandel ganz grundlegend falsch verstanden haben, dass Sie Physik, Meteorologie ganz grundlegend falsch verstanden haben. Auf jeden Fall haben Sie bewiesen, dass Sie keine Ahnung haben vom langfristigen Umgang mit Geld, denn Sie reden halt ernsthaft von Folgekosten von Klimaschutz. So als

seien die Folgekosten von fehlendem Klimaschutz nicht viel, viel höher. Also das muss man sich erst mal vorstellen. Also das ist wirklich, also ich frage mich manchmal wirklich, ob Sie selber glauben, was Sie da sagen. Und wenn ja, dann leben Sie halt in einem vollkommenen Paralleluniversum. Und was Sie dann über Müll und über Technik und so weiter sagen, es ist unglaublich. Und da frage ich mich doch wirklich, worauf wollen Sie bei Bündnis Deutschland denn eigentlich hinaus? Denn um Bevölkerungsschutz geht es Ihnen offensichtlich nicht. Denn Klimaschutz ist Menschenschutz, Klimaschutz ist Bevölkerungsschutz, Klimaschutz ist auch Schutz unseres Haushaltes, wenn Sie immer wieder über Geld reden wollen. Denn kein Klimaschutz hat um ein vielfaches höhere Kosten. Also wenn es Ihnen um Haushalt geht, dann müssen Sie für Klimaschutz sein. Ist aber offensichtlich nicht so. Wie gesagt, ich weiß nicht, ob Sie es nicht verstehen, nicht verstehen wollen, worauf Sie hinauswollen, ist mir nicht klar. Wollte ich hier nur einmal noch mal klarstellen.

Stadtverordneter JÜRGEWITZ:
Ja, bei so viel Aufregung möchte ich auch noch ein bisschen was dazu beitragen. Klimaleugner, ich glaube, niemand leugnet das Klima, nicht mal wir. Wir leugnen auch nicht den Klimawandel, das Klima wandelt sich. Nur dieser Klimawandel ist eben nicht menschengemacht. Und das ist das Entscheidende. Und dieser Klimawandel ist auch nicht zu verhindern, jedenfalls nicht durch Deutschland. Deutschland zahlt aber für diesen Klimawandel, der hier gemacht wird, und von uns teilweise weltweit finanziert wird, hat bereits 5 Brd. Euro bezahlt, 5 Brd. schreibt die NZZ gerade gestern. Und Weitere bis zu 5 Brd. sind bis zum Jahre 2035 zu erwarten für diesen Klimawahnsinn. Dieses gefährdet die deutsche Wirtschaft, es gefährdet das deutsche Sozialsystem, sagt die NZZ, nicht ich. Und es wird am Klimawandel nicht ändern, denn der ist nicht menschengemacht, der ist ganz natürlich und das geht über Jahrmillionen Jahre und so weiter. Wenn es dann so weit führt wie hier in der Diskussion, dass Menschen wie Frau Tiedemann oder meine Wenigkeit oder andere, dieses in Zweifel zieht, dann sind es plötzlich für gewisse Leute hier auf der linken Seite gleich Faschisten. Das halte ich für völlig unangemessen. Und ich weiß auch nicht, warum da nicht eingeschritten wurde, aber wenn das so hier orchestriert wird von links, von den Grünen, dann kann ich nur sagen, das, was Sie hier machen, das ist Ökoextremismus, das ist Öko-Faschismus, das ist grüner Faschismus. Und Herr Raschen, dieser Klimafirlefanz, sehen Sie mir dieses Wort nach, was nach Ihren Worten ja zu dem Unglück im Ahrtal geführt hat, mit Sicherheit nicht. Zu dem Unglück im Ahrtal wäre es auch ohne gekommen, weil der Klimawandel, den wir haben, ist eben nicht menschengemacht, der ist ganz natürlich, der wäre sowieso gekommen. Ja, natürlich ändert sich das Klima, genau das habe ich gesagt, es ändert sich, aber wir können es nicht ändern. Und auch nicht, wenn wir noch so viel Milliarden oder Billiarden in den sogenannten Klimaschutz investieren. Und Herr Kaminiarz, links leben oder links reden und rechts leben, dafür sind Sie ja ein gutes Beispiel mit Ihrem BMW Diesel. Also Sie leben ja hier den Klimaschutz geradezu vor. Und Frau Schiller, wenn es um die Bevölkerung geht, die Sie schützen wollen, da gibt es noch andere Möglichkeiten, schließen Sie die Grenzen, ganz einfach. Dann können Sie die Bevölkerung schützen.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:
1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Umsetzungsstand der kommunalen Maßnahmen des Aktionsplans Klimaschutz in der Stadt Bremerhaven mit Stand vom 28. April 2025 zur Kenntnis und bittet künftig um eine jährliche Berichterstattung der Sachstände. Zudem sind die Sachstände durch die federführenden Organisationseinheiten regelmäßig im webbasierten Berichtstool „Kausal Watch“ zu aktualisieren.

2. Die zuständigen Fachämter, Betriebe und Gesellschaften werden gebeten, die beschlossenen und zugeordneten Maßnahmenpakete des „Aktionsplans Klimaschutz“ entschieden voranzubringen. Sofern es hierfür zusätzlicher finanzieller bzw. personeller Ressourcen bedarf, sind entsprechende Vorlagen in die zuständigen Gremien einzubringen.

Der Beschluss ergeht bei 10 Nein-Stimmen (BD, WfB, AfD, Lichtenfeld).

TOP 3.7 **AfD-Fraktion in Liquidation ./. StVV - Urteil vom Verwaltungsgericht Bremen (1 K 2311/22) - Rechtsstellung von Fraktionen und Gruppen in der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven, keine Rechtsnachfolge bei Verlust des Fraktionsstatus.** **StVV - V 60/2025**

Stadtverordneter JÜRGEWITZ:
Ja, ich will es auch relativ kurz machen. Das, was hier auf die Tagesordnung gekommen ist, verwundert in der Beziehung etwas schon, weil es ein Urteil der 1. Instanz ist, das Verfahren ist noch laufend vor dem Oberverwaltungsgericht und somit nicht abgeschlossen. Und mitnichten wird hier bereits die Rechtsstellung einer Fraktion, einer Fraktion in Liquidation oder was auch immer, entsprechend rechtssicher festgestellt. Also insoweit hätte das zu diesem Zeitpunkt jedenfalls hier nicht auf die Tagesordnung gehört. Und im Normalfall, als Erinnerung, wurden solche Dinge auch im VuG besprochen, bisher jedenfalls, und nicht direkt im Parlament. Aber nichtsdestotrotz, wenn es dann irgendwann zu einem Urteil kommt, können wir uns dann gerne darüber unterhalten. Danke.

Stadtverordneter RASCHEN:
Herr Jürgewitz, dass Ihnen das nicht gefällt, ist nachvollziehbar. Der, der sonst immer so für Recht und Ordnung und alles muss diszipliniert und wir sind irgendwie alle die, die immer schludern. Die Fraktion der Alternative für Deutschland in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven in Liquidation, Herr Thomas Jürgewitz, Herr Wolfgang Koch und Herr Jens Kupke, gegen die Stadt Bremerhaven. Die Klage wird abgewiesen, die Kosten des Verfahrens trägt die Stadt Bremerhaven. Ich kündige jetzt schon an, wir werden nachfragen, was diese Klage bisher schon gekostet hat, damit man das mal zuordnen kann über die ganzen Klagemöglichkeiten. Ich meine, alleine was über Sie auf Seite 13 steht, würde mich ja mal zum Nachdenken bringen, wo Ihnen deutlich Fehlverhalten vorgeworfen wird. Und wenn Sie die Größe nicht mehr haben, die der Wähler Ihnen leider gegeben hat und Sie weniger werden, dann kriegen Sie auch weniger Zuschüsse. Und das ist reglementiert und alle halten sich dran, wie viel Rücklagen ich bilden darf. Und wenn Sie mehr Rücklagen bilden, weil Sie eben keine Politik machen, dann muss man das Geld halt einhalten. Das ist eine ganz logische Konsequenz. Und das steht hier in der Vorlage drin. Ich würde mal so ein bisschen einsichtig sein in mich selber, und sagen: „Okay, da haben wir vielleicht nicht alles ganz gut gemacht.“ Aber nicht mal dahin kommen Sie. Und Sie tun noch so, als wenn Sie alles richtig gemacht haben. Nein, Sie machen keine Politik, haben Geld gekriegt und das Geld auf Rücklagen gepackt und das stand Ihnen gar nicht mehr zu. Und deswegen wird es ja zurückgefordert. Da ist ein vollkommen richtiger und konsequenter Weg. Und dann vielleicht sollten Sie mal ein bisschen mehr Buße innehaben, über Ihr Verhalten, was Sie immer so an den Tag legen. Und deswegen, wir nehmen es zur Kenntnis.

Stadtverordneter TIMKE:
Herr Raschen, jetzt hatte Sie Ihren Auftritt, herzlichen Glückwunsch. Sie sind aber, finde ich, in keinem Wort darauf eingegangen, was Herr Jürgewitz gesagt hat. Man kann zum Ergebnis stehen, wie man will, man kann auch zur AfD und Herrn Jürgewitz stehen, aber ich finde, Herr Jürgewitz hat zwei berechtigte Fragen gestellt. Die Erste ist, warum wird dieses Urteil hier heute als Vorlage eingereicht? Bis jetzt hatten wir das immer im VuG-Ausschuss zur Kenntnis. Übrigens, es gibt andere Verfahren, ganz witzig, die im nicht-öffentlichen Teil des VuG-Ausschusses gesetzt werden. Das ist also immer so von der Tagesform des Stadtverordnetenvorstehers abhängig, ob ein Verfahren öffentlich hier diskutiert wird oder nicht. Ich würde mir da einfach eine einheitliche Regelung wünschen. Zweite Bemerkung, und da hat Herr Jürgewitz auch recht, es ist ein laufendes Verfahren. Und wenn ich eins gelernt habe, und Sie sind ja ein Kollege auch in der Bremischen Bürgerschaft, dass man erst mal Entscheidungen, politisch vielleicht nicht so häufig bewerten sollte, weil man damit die Unabhängigkeit der Justiz vielleicht auch, entweder man ist, dafür oder dagegen, dass man da so ein bisschen eingreifen würde. Man kann es mal machen, aber man sollte es nicht dauernd machen. Und was man gar nicht machen sollte, ist, dass man ein Verfahren, was noch nicht abgeschlossen ist politisch, bewertet. Ich habe nichts dagegen, wenn die nächste Instanz sagt: „Ja, Herr Jürgewitz hat zu Unrecht Geld bekommen, Herr Jürgewitz hat zu Unrecht geklagt“, dass man das hier vielleicht noch mal thematisiert. Aber ich finde es wirklich schräg, Herr Raschen, und auch Herr Stadtverordnetenvorsteher, dass ein Verfahren, bei dem offenbar Rechtsmittel eingelegt wurden, dass das hier öffentlich thematisiert wird. Andere Verfahren, die auch gegen die Stadt laufen oder gegen dieses Parlament, werden hier gar nicht zur Sprache gebracht. Mit, meines Erachtens, fadenscheinigen Begründungen. Also ich möchte ganz gerne, dass wir eine Einheitlichkeit haben, entweder wird hier alles diskutiert, wenn es gegen diese Stadtverordnetenversammlung oder gegen den Vorstand oder sonst wen geht. Aber hier die Rosinen herauspicken, zu sagen, wenn es mal gegen eine Partei geht, und wir gewinnen mal erstinstanzlich, dann bringen wir das hier ganz groß raus. Wenn es gegen andere Parteien geht oder man verliert sogar, dann lassen wir es. Also ich kann mich, Sie wissen ja vielleicht, ab und zu habe ich auch schon mal geklagt, ich kann mich nicht daran erinnern, dass eine dieser Klagen, die wir gewonnen haben, weil wir in unseren Rechten als Fraktion von diesem Parlament hier beschnitten worden sind, ich kann mich nicht erinnern, dass ein Verfahren hier mal öffentlich diskutiert wurde und gesagt wurde: „Entschuldigung, Herr Timke, wir haben Ihrer Fraktion Unrecht getan und wir geloben Besserung.“ Das ist von Ihnen nicht gekommen, das ist auch nicht vom Vorstand gekommen. Und jetzt stellen Sie sich hierhin, weil Sie einmal – einmal – erstinstanzlich gewinnen, und machen hier einen Popanz auf. Das finde ich schäbig, unabhängig von der AfD, das würde ich auch sagen, wenn es die Grünen betroffen hätte. Das finde ich schäbig. Lassen Sie uns als gute Demokraten das Urteil abwarten, was dann in der nächsten Instanz gesprochen wird. Und lassen Sie uns dann gerne hier diskutieren. Aber jetzt hier so darzustellen, als wenn das Rechtsmeinung wäre, finde ich schräg, denn es laufen Rechtsmittel. Und ich denke, dass Sie genauso demokratisch sein sollten, dass wir das abwarten.

Stadtverordneter JÜRGEWITZ:
Ja, wo ist Herr Raschen jetzt geblieben? Den Mann, um den es geht, ist nicht da. Der ist weggelaufen, vor lauter Angst wahrscheinlich. Ja, weil Herr Raschen und seine CDU-Fraktion fragen, Herr Timke sagte es schon, genau in dem Moment natürlich nicht nach, wenn die Stadt, also auch die Koalition, einen Prozess verliert, und da fragt er auch nicht nach den Kosten. Und da die Stadt ja schon diverse Verfahren gegen Herrn Timke verloren hat, sind da schon einige Kosten aufgelaufen. Herr Raschen war an der Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht auch nicht dabei. Wenn er dabei gewesen wäre, dann wüsste er, wie es abgelaufen ist. Dann hätte er

nämlich mitbekommen, wie die Richterin und das Gericht, aber vor allem die Vorsitzende Richterin gerungen hat, mit ihrer Entscheidung. Es war völlig unklar, noch in der Verhandlung, wie man sich entscheiden wird, für oder dagegen. Insoweit war dann die schriftliche Zustellung entsprechend überraschend, für uns zumindest. Es war nicht klar, sie hat nicht zu erkennen gegeben, in welche Richtung das geht. Zusätzlich, und auch danach, hat es Hintergrundgespräche gegeben. Man hat versucht, wir haben versucht, auch mit unserer Anwältin, jetzt sind wir quasi schon in der Thematik, das Ganze vom Tisch zu bringen. Das ist aber letztendlich gescheitert, offensichtlich am Stadtverordnetenvorsteher. Der wollte keine Einigung. Ja, dann wäre es jetzt nicht in die zweite Instanz gegangen, dann hätten wir abgerechnet und dann wäre die Sache vom Tisch. Ja, soweit wollten wir heute eigentlich gar nicht in die Diskussion, aber Sie haben es hier auf die Tagesordnung gebracht und dann müssen Sie es auch anhören. Und den, den es jetzt hier betrifft, der hier das große Fass aufmacht, der ist nach Hause gegangen? Ich weiß es nicht. Vielleicht treffen wir ihn nachher noch.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:
Herr Timke, wenn Ihnen Entscheidungen, die ich treffe, nicht gefallen, dann unterlassen Sie bitte den Vorwurf der Willkür. Es gibt Entscheidungen – und diese gehört dazu –, die ich nach rechtlicher Beratung getroffen habe. Mir wurde dabei mitgeteilt, dass das Vorgehen so korrekt ist und die Angelegenheit in dieser Form den Stadtverordneten zur Kenntnis zu geben ist. Eines kann ich Ihnen versichern: Auch zukünftige Urteile werden in vergleichbarer Form die Stadtverordnetenversammlung erreichen. Den Vorwurf der Willkür finde ich jedoch ziemlich schwierig – ich halte mich an dieser Stelle zurück, bevor mir die Erste Beisitzerin am Ende des Tages noch einen Ordnungsruf erteilen muss. Herr Jürgewitz, Ihnen steht das Geld nicht zu. Wir haben klare Regularien, und ich sehe keinerlei Anlass, mit Ihnen über die Auszahlung von Steuergeld zu verhandeln, das Ihnen rechtlich nicht zusteht. Und bitte: Ich bin jetzt am Wort – Sie sind ohnehin nicht mehr dran, da Sie bereits zweimal gesprochen haben. Wie Herr Raschen bereits dargestellt hat, haben Sie das Geld nicht zweckentsprechend verwendet. Daher müssen Sie es zurückzahlen. Wir werden hier keine Verhandlungen führen und auch keine „Basar-Lösung“ suchen, was Sie behalten dürfen oder nicht. Also – Sie haben das Geld erhalten, Sie haben es nicht korrekt verwendet, und deshalb ist es zurückzuzahlen. Herr Timke, zum Abschluss noch einmal: Auch die weiteren entsprechenden Vorgänge werden in ähnlicher Form hier im Hause behandelt werden.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:
Die Stadtverordnetenversammlung nimmt Kenntnis.

TOP 4 Anträge

TOP 4.1 Engagement von Bürger:innen ernst nehmen! (Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P) **StVV - AT 12/2025**

Stadtverordneter KAMINIARZ:
Wir behandeln heute einen Antrag, den wir vor einem halben Jahr im März 2025 eingebracht haben. Und dieser Antrag lautet: Engagement von Bürger:innen ernst nehmen. Er hat zum Ziel, dass der Magistrat aufgefordert werden soll, bei zukünftig laufenden Bürgerbegehren nicht innerhalb von vier Monaten nach Beginn der jeweiligen Unterschriftensammlung Fakten zu schaffen, die einen Erfolg des Bürgerbegehrens unmöglich machen. Dies ist ausdrücklich eine Aufforderung, wir beantragen nicht die Änderung des Ortsgesetzes über Bürgerbeteiligung, sondern wir wollen tatsächlich mit dieser Aufforderung den Magistrat zu einer Verhaltensänderung bringen. Das Ziel des Ganzen ist, ich greife jetzt mal ein bisschen höher, eine Stärkung der Demokratie. Ich leite das auch gleich näher aus. Unsere Demokratie, das werden die meisten von Ihnen hier genauso sehen, ist aktuell sehr stark gefährdet, so stark wie bei der Weimarer Republik nicht mehr, seit der Gründung der Bundesrepublik. Die Bürgerinnen und Bürger müssen erkennen, das ist unsere feste Ansicht, dass sich ihr eigenes demokratisches Engagement auch lohnt. Das heißt, in dem Fall vor allem, dass die Politik, so wird es ja in den Medien gerne genannt, wir werden alle, egal ob Regierung oder Opposition als die Politik bezeichnet, dass die Politik eben das Engagement der Bürgerinnen und Bürger beachtet, die Bürgerinnen und Bürger müssen sich ernst genommen fühlen. Das heißt nicht automatisch, das möchte ich auch ausdrücklich sagen, dass man die Meinung der Bürger sofort immer übernimmt. Also wir wollen, das ist ja klassischer Populismus, wenn man so will, darum geht es nicht, sondern es geht darum, den Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln, dass, wenn sie sich schon engagieren, dass das nicht gleich beiseite gewischt wird. Anlass dieses Antrages ist, das geht auch daraus hervor, das Bauvorhaben des Baus einer Kindertagesstätte in der Weichselstraße, noch mal kurz erinnern, wie gesagt, das Ganze ist ein halbes Jahr her, der Bau einer Kita ist geplant. Ehemals lief das Ganze städtisch, inzwischen ist es, das kann man jetzt, möchte ich jetzt auch gar nicht weiter ausführen, es ist kein städtischer Kindergarten mehr, der war geplant zur Erfüllung der Betreuungsquote, der Standort ist umstritten. Bürgerinnen und Bürger haben zu Recht darauf hingewiesen, an der Stelle befindet sich ein Waldgebiet nach dem Bundeswaldgesetz. Das ist wichtig für uns, Hitzeschutz, Schwammstadtprinzip, aber auch Naherholung. Hier war tatsächlich das Engagement so groß, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht nur ein eigenes Bürgerbegehren eingeleitet haben, sondern auch tatsächlich eine Petition eingereicht haben, die jetzt aus anderen Gründen dann zurückgenommen wurde. Aber was eben uns, sagen wir mal, irritiert zurücklässt, ist, dass dann die Koalition hier innerhalb von acht Wochen nach Beginn des Sammelns von Unterschriften, Fakten schaffen lassen hat, indem sie den Wald einfach fällen ließen. Das Ganze geschah auf der Grundlage eines Bebauungsplanes, das vielleicht noch mal am Rande eines Bebauungsplanes, der da 40 Jahre alt ist und natürlich zu einer Zeit erlassen worden ist, als solche Bedrohungen, aktuelle Bedrohungen wie Klimakrise oder auch die Notwendigkeit eines Hitzeschutzaktionsplanes oder eben, haben wir gerade gehabt, einer Klimaschutzstrategie noch gar nicht bekannt. Und natürlich, bei der Aufstellung des Bebauungsplans gar nicht berücksichtig werden konnte. Gleichwohl wurde er herangezogen als Rechtsgrundlage und weg ist der Wald. Das ist aus unserer Sicht kein akzeptabler Umgang mit Bürgerinnen und Bürger gewesen, die sich engagieren. Darauf kommt es an. Das war tatsächlich eine Aktion, die aus unserer Sicht nicht die Demokratie gestärkt hat, sondern im Gegenteil, nämlich der Politikverdrossenheit ein Stück weit Vorschub geleistet hat. Wie sollen die Bürgerinnen und Bürger denn, was sollen sie daraus lernen, wenn sie sagen, da ist etwas vor Ort in meiner Straße, in meinem Ortsteil, das mich interessiert, dafür engagiere ich mich. Und dann wird relativ kurzzeitig später Fakten geschaffen, bevor überhaupt das bürgerschaftliche Engagement sich in Form, und die wir ja hier vorsehen mit unserer Stadtverfassung und mit dem Ortsgesetz über Bürgerbeteiligung, bevor die sich überhaupt richtig zur Geltung kommen lassen können. Wir wollen also den Magistrat auffordern, zukünftig respektvoller mit bürgerschaftlichem Engagement, bürgerschaftlichem Engagement umzugehen, eben um, und das ist jetzt nochmals die Begründung vom Anfang, die

Demokratie stärker, sie resilienter zu machen in diesen Zeiten, in denen sie sowieso bedroht sind. Ich glaube, es wäre kein Problem gewesen, tatsächlich ein bisschen länger abzuwarten. Mit dem Bau der Kita ist bis heute übrigens nicht begonnen worden. Vielen Dank. Ich bitte um Zustimmung.

Stadtverordneter TIMKE:
Ich habe in diesem Parlament schon einige krude Anträge lesen müssen, aber das, was hier die Grünen vorlegen, so was habe ich, ehrlich gesagt, noch nicht gelesen. Vorweggesagt, Herr Kaminiarz, das, was da in der Weichselstraße passiert ist, war nicht schön. Und man hätte da sicherlich auch das eine oder andere anders machen müssen. Da bin ich bei Ihnen. Aber da hört unsere Gemeinsamkeit schon auf. Denn Sie fordern jetzt in einem Antrag, dass der Magistrat zukünftig vier Monate lang nach Beginn eines Bürgerbegehrens keine Maßnahmen treffen soll. Und um Ihnen das mal, die Absurdität dieses Antrags vorzuführen, möchte ich das an einem Beispiel deutlich machen. Gehen wir mal davon aus, in einer Anwohnerstraße müssen Bäume gefällt werden, weil vielleicht Baumbefall, kranke Bäume darunter sind oder vielleicht sogar die mittlerweile eine Schieflage erreicht haben, dass sie in absehbarer Zeit zu einer Gefährdung für Autos, Fahrradfahrer oder vielleicht auch Fußgänger führen könnte. Und die Verwaltung sagt, ja, wir müssen diese Bäume fällen, Verwaltungshandeln hin und her, dann wird vielleicht sogar eine Ausschreibung noch gemacht, um eine Firma zu beauftragen. Und am Tag, an dem die Axt angelegt werden soll, kommen drei Leute, reichen beim Stadtverordnetenvorsteher ein Bürgerbegehren ein und der ganze Prozess steht für mindestens vier Monate. Das heißt, ich überspitze das jetzt ein bisschen, eine Skatrunde in Bremerhaven kann zukünftig darüber entscheiden, ob ein Projekt, ein Verwaltungshandeln umgesetzt wird oder nicht. Und Herr Kaminiarz, wenn irgendwelche Maßnahmen gestoppt werden sollen, ich komme gleich dazu, dass es nicht verpflichtend ist, Herr Kaminiarz, wenn das Ihre Frage ist. Wenn nicht, okay.

Zwischenfrage Stadtverordneter KAMINIARZ:
Herr Timke, Sie als Polizist kennen ja sicherlich den Begriff der Gefahr im Verzug.

Stadtverordneter TIMKE:
Gefahrenabwehr kenne ich. Kenne ich.

Zwischenfrage Stadtverordneter KAMINIARZ:
Können Sie das in Ihrem Beispiel kurz mal eben realistisch gestalten.

Stadtverordneter TIMKE:
Bleiben Sie bitte stehen, das mache ich gerne. Wenn Sie richtig zugehört hätten, dann habe ich gesagt, in Zukunft, in absehbarer Zeit eine Gefahr darstellen könnte. Das ist jetzt noch nicht so, dass die Gefahrenabwehr da ist, aber die Verwaltung sagt, bevor erst diese Gefahr eintritt, schaffen wir Fakten. Und das ist der entscheidende Unterschied, Herr Kaminiarz.

Zwischenfrage Stadtverordneter KAMINIARZ:
Die neue Baumschutzverordnung des Landes Bremen ist Ihnen bekannt?

Stadtverordneter TIMKE:
Die ist mir bekannt.

Zwischenfrage Stadtverordneter KAMINIARZ:
Dass es dort bei Gefahr in Verzug Maßnahmen gibt, die selbst auch Baumschutz aushebelt, das ist Ihnen auch bekannt?

Stadtverordneter TIMKE:
Ja, aber wir reden hier nicht von Gefahr in Verzug, ich habe Ihnen das gerade versucht, zu erklären.

Zwischenfrage Stadtverordneter KAMINIARZ:
Entschuldigung, dann habe ich das vielleicht falsch formuliert. Eine Fällgenehmigung bekommen Sie sowieso nur, nach der neuen Baumschutzverordnung unter ganz bestimmten Voraussetzungen. Die haben Sie in Ihrem Beispiel jetzt angenommen. So sehe ich das. Das heißt, es hat eine Abwägung stattgefunden und es ist ja doch schon irgendwie eine Gefahr da, sonst würde es gar keine Fällgenehmigung geben, richtig?

Stadtverordneter TIMKE:
Nein, nicht unbedingt. Ich habe ja auch unter anderem von Krankheiten gesprochen.

Zwischenfrage Stadtverordneter KAMINIARZ:
Droht er jetzt umzufallen oder nicht?

Stadtverordneter TIMKE:
Na ja, nicht unbedingt. Ich habe gesagt, entweder Krankheiten oder dass die Verwaltung sagt, in absehbarer Zeit könnte es durch Schieflage eine Gefahr sein. Das waren genau meine Worte, Herr Kaminiarz. Ja, und was Sie jetzt möchten, ist, dass zukünftig eine Skat-Runde in Bremerhaven darüber entscheiden kann, ob die Maßnahme umgesetzt wird oder nicht. Also Sie verlagern die Möglichkeit, die wir ja haben nach beispielsweise, in der Justiz, dass Sie also ein Eilverfahren einreichen können, verlagern Sie jetzt auf die privatrechtliche Frage, in der drei Leute entscheiden können, wird die Maßnahme umgesetzt oder nicht. Und Herr Kaminiarz, damit stärken Sie nicht die Bürgerbeteiligung, Sie gefährden unter Umständen die öffentliche Sicherheit und Ordnung in dieser Stadt, unter Umständen, und blockieren notwendige Entscheidungen. Und ich will Ihnen noch mal sagen, Herr Kaminiarz, was ist denn, jetzt folgen wir mal Ihrem Beispiel, jetzt klagen drei Anwohner und sagen, die Bäume dürfen nicht weg. Die reichen, einen Tag, bevor die gefällt werden sollen, ein Bürgerbegehren ein. So, und dann sagen die aber, ach, weißt du was, das Wetter ist so schön, ich sammele gar keine Unterschriften. Und die Verwaltung ist vier Monate lang blockiert und dann nach vier Monaten sagen sie, ja, wir haben es einfach nicht geschafft. Oder die machen sich einen Spaß draus, das sind jetzt Grüne, die gegen eine Entscheidung vorgehen wollen, die von der Koalition getroffen werden. Und sagen ganz einfach, wir blockieren das einfach mal vier Monate. Da haben sie ja die Möglichkeiten, so. Und ich finde, das ist nicht verantwortungsbewusst, schon gar nicht hier in diesem Parlament, das ist Effekthascherei, die Sie damit betreiben. Und ich bin nicht dafür. Ich bin für Bürgerbeteiligung, machen Sie einen vernünftigen Vorschlag, dann haben Sie uns immer an Ihrer Seite, aber ich bin nicht dafür, dass wir jetzt Maßnahmen hier einziehen, die Verwaltungshandeln auf lange Sicht blockieren. Und ich will noch einen anderen Aspekt reinbringen, wir hier in der Stadtverordnetenversammlung treffen Entscheidungen, die von der Verwaltung umgesetzt werden müssen. Und drei Leute

können eine Entscheidung von 48 Stadtverordneten, gewählten Stadtverordneten, hier aushebeln. Und das, ohne dass Sie überhaupt eine Mehrheit in dieser Stadt oder eine gewisse Minderheit hinter sich haben. Das können nur drei Personen machen. Sie müssen nicht für die Bürger in der Bürgerbeteiligung vorgesehene, das Mindest-Quorum haben. Sie können es mit drei Personen machen. Und das wollen wir gerade nicht. Verwaltung muss handlungsfähig sein. Und deshalb werden wir gegen den Beschlussvorschlag stimmen.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:
Bevor Herr Miholic gleich das Wort bekommt, Herr Timke, Sie sprechen von einem Bürgerbegehren. Sie unterstellen hier, dass ich ein Bürgerbegehren zurückgestellt hätte. Es war nur eine Bekundung darüber, dass ein Bürgerbegehren eingereicht werden soll, was aber nie geschehen ist.

Stadtverordneter MIHOLIC:
Die FDP-Fraktion wird dem Antrag nicht zustimmen. Und liebe Grüne, ich finde, die Überschrift suggeriert, als hätten in dieser Stadt die Bürger keine Stimme. Und dem widerspreche ich vehement. Auch habe ich den Eindruck, als ob Sie bewusst ignorieren, dass der Bau der Kita Weichselstraße 599 Befürworter-Unterschriften gesammelt hat. Und durch Ihr Framing werden diese einfach geleugnet. Baumfällungen und Rodungen mit Genehmigung des Umweltschutzamtes sind legitim. Rechtsstaat heißt, man muss sich darauf verlassen können innerhalb geltenden Rechtes, frei zu handeln. Das gilt für Privatiers genauso wie für die öffentliche Hand. Ihre Darstellung ist einfach nur unangemessen, diesen Kita-Bau hier in Ihrer Vorstellungsrede als demokratieschädlich darzustellen. Der Bau wurde diskutiert und mit Mehrheit, einer gewählten Mehrheit, der demokratisch legitimierten Vertreter legitimiert. Und dieser Antrag schafft Doppelstrukturen, die demokratisch legitimierte Prozesse verzögert. Sie sollten den Demokratiebegriff diesbezüglich nicht parken, der Bau einer Kita ist etwas, ich finde, persönlich Schönes, im verwaltungstechnischen etwas Normales. Und ich werfe Ihnen eine Skandalisierung dessen vor. Das bedauere ich wirklich sehr. Ich finde das ziemlich schade, muss ich zugeben, in der ganzen Angelegenheit. Und aus den Gründen werden wir Ihren Antrag ablehnen. Vielen Dank.

Stadtverordneter RASCHEN:
Herr Kaminiarz, das Engagement derer, die Ihnen gefallen, ist nicht der Stützpfeiler der Demokratie, Herr Miholic hat es gerade gesagt, fast 600 Menschen haben für die Kita gestimmt. Das ist auch Demokratie. Es gibt ja einen Grund, warum es auch schnell gehen musste. Das wissen Sie auch. Die Kita, die zurzeit in Betrieb ist, wird geschlossen. Da ist der Vertrag gekündigt über das Mietverhältnis. Es musste also jetzt eine Entscheidung getroffen werden, um Ersatz zu beschaffen. Und das ist sind ja auch die Dinge, an denen ein Stück weit unser Land krankt, wir müssen schlicht und ergreifend wieder schneller werden. Und wenn ich ein Problem habe, dann muss ich mal gucken, dass ich das Problem löse. Und wenn die noch nicht mal, wie Herr von Haaren gerade gesagt hat, das auf den Weg gebracht haben, dann finde ich jetzt nach einem halben Jahr das Thema noch mal zu platzieren, irgendwie auch ein Stück weit überflüssig. Und Sie hätten den Antrag eigentlich lange zurückziehen können, weil das Thema eigentlich überflüssig ist. Politik sind wir, sind Landtage, sind Bundestage, Europaparlament. Und wir haben auch die Aufgabe, Entscheidungen zu treffen. Die mögen manchmal unpopulär sein für den einen oder anderen. Aber nichtsdestotrotz, wenn ich Probleme sehe, habe ich als Politik die Aufgabe, ein Problem zu lösen. Und da muss ich auch mal sagen, hier hat das Priorität und nicht das andere. Wir reden hier nicht von einem Baugebiet oder sonst was, wir reden davon, ein Ersatzgebäude zu schaffen für eine Kita, die geschlossen werden soll oder

muss, weil der Mietvertrag gekündigt worden ist. Wir hatten an der Stelle Baurecht, es ist alles mit Genehmigung durchgeführt worden. Und die Kita wird jetzt gebaut. Und damit gibt es eine Alternative für den alten Standort. Das ist dann auch gelebte Demokratie. Mag Ihnen an der Stelle nicht gefallen, aber wir nehmen alle Bürger ernst, aber irgendwann ist Politik auch immer in der Pflicht, Entscheidungen zu treffen. Und deutschlandweit haben wir erkannt, es gibt viele Bereiche, wo wir schlicht und ergreifend schneller werden müssen. Wo wir nicht alles tausendmal diskutieren, bis man dann irgendwann mal zu einer Entscheidung kommt. Auch da wird es immer den einen geben, der für die Entscheidung ist und einen anderen, der gegen die Entscheidung ist. Das sind ganz natürliche Prozesse, aber an der Stelle haben wir, glaube ich, alles richtig gemacht. Und deswegen werden wir Ihren Antrag ablehnen.

Stadtverordnete SCHILLER:
In dieser Legislatur sprechen wir viel über Formate der Bürger:innenbeteiligung. Und das ist auch notwendig, denn, mein Kollege sagte es bereits, unsere Demokratie ist aktuell unter Druck wie womöglich noch nie zuvor. Wir brauchen wirksame Formate der Bürger:innenbeteiligung, in denen Bürger:innen das Gefühl haben, ernst genommen zu werden und wirklich mit gestalten zu können. Letztes Jahr haben wir hier in der Stadtverordnetenversammlung einen Antrag beraten, in dem zwar Bremerhavens erster Bürger:innenrat einberufen werden sollte, und das ist gut so, aber dieser Bürger:innenrat wurde dann leider gleich auf ein Thema abgestellt, in dem er gar keinen echten Gestaltungsspielraum mehr hat, weil bereits gesetzliche Regelungen vorliegen. Und wenn Bürger:innen dann eigene Themen an die Politik herantragen, etwa in Form einer Petition, dann wird ihnen aktuell noch nicht mal erlaubt, im Petitionsausschuss über ihre eigene Petition mit zu diskutieren. Wir von Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen, dass Politik die Bürger:innen ernst nimmt, dass sie zuhört. Und Zuhören bedeutet nicht nur, geduldig schweigen, bis die endlich aufhören, zu reden und man wieder seine Ruhe hat. Zuhören bedeutet, ernst nehmen, mit einbeziehen, sich mit dem auseinandersetzen, was mein Gegenüber mir sagt. Lebendige Demokratie bedeutet auch mitreden und mitgestalten können. Aber wenn Bürger:innen dann eigenständig fachliche Arbeit leisten, wie zum Beispiel im Fall der Kita Weichselstraße, alternative Standorte für den Kita-Bau vorschlagen, scheint das überhaupt keinen Einfluss zu haben auf die politischen Entscheidungen. Welche Möglichkeiten bleiben Bürger:innen denn noch, ihre Anliegen durchzusetzen. Richtig, Bürger:innenbegehren und Bürger:innenentscheidung. Und genau diesen Weg ist die Bürger:inneninitiative Baumrettung Lehe gegangen. Und die Koalition hat einen Erfolg verhindert, indem sie frühzeitig Fakten geschaffen hat. Liebe Koalition, so schaffen Sie Frustration, so schaffen Sie Politikverdrossenheit in unserer Stadt. Das wollen wir Grüne+P verändern. Deswegen, mein Kollege Herr Kaminiarz, hat es schon gesagt, beantragen wir nun, Bürger:innenbegehren eine Chance zu geben, erfolgreich zu sein. Konkret fordern wir an dieser Stelle, dass der Magistrat innerhalb von vier Monaten nach Beginn der Unterschriftensammlung keine Fakten schafft, die einen Erfolg des Bürgerbegehrens unmöglich machen würden. Wir von Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern die Koalition dazu auf, Engagement von Bürger:innen endlich ernst zu nehmen. Und werben für Zustimmung zu unserem Antrag.

Stadtverordneter ALLERS:
Ich finde es immer interessant, wenn hier über Politikverdrossenheit gesprochen wird. Wobei hier ganz klare demokratische Abläufe stattgefunden haben. Ich kann mich an die Diskussion erinnern, rauf und runter. Es wurden zig verschiedene Standorte geprüft. Und nicht einfach versucht, mit politischer Gewalt nur diesen einen Standort durchzusetzen. Es gab eine Bürgerinitiative, die hat Unterschriften gesammelt. Und interessanterweise war immer der Punkt: Ja, aber, also wir würden auch gerne eine Kita haben wollen, nur nicht an dem Standort. Dieser Standort ist aus verschiedenen Punkten gewählt worden. Es ging um Baurecht, es ging darum, auch eine massive

und zügige Umsetzung. Und das ist hier auch dementsprechend umgesetzt worden. Und wenn es darum geht, man würde hier gewisse Bereiche der Bürgerinnen und Bürger in irgendeiner Form dann hier unterordnen, dann ist das nicht korrekt. Wir haben hier ein Baurecht. Und das muss dementsprechend auch deutlich und klar in der Öffentlichkeit auch nicht nur dargestellt werden, sondern auch umgesetzt werden. Was hätte es denn bedeutet, wenn man jetzt auf einmal angefangen hätte, sich danach zu richten, weil es jetzt eine Initiative gibt. Sie setzen also die Bauvorhaben in dieser Stadt immer zurück, wenn es irgendwo Protest gibt, nur weil er jetzt in dem Fakto-Bereich nicht hineinpasst, wie er sich darstellt. Acht Wochen nach Beginn der Unterschriftensammlung, ja, hier ging es aber auch darum, zügig eine Maßnahme umzusetzen. Und nicht, weil es eine Unterschriftensammlung gab, sondern es wurde eben schon mal gesagt, weil es auch eben den Druck gab, hier auch dementsprechend zügig eine neue Kita aufzubauen und auch in Betrieb zu nehmen. Das ist ja nicht irgendwie vom Himmel gefallen, sondern ist der alten Kita mitgeteilt worden, hier gibt es das Problem, dass hier Platz benötigt wird für andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Und dementsprechend musste die Stadt handeln. Und man hat ja nicht einfach sich nur auf dieses eine Grundstück fokussiert, sondern es ist nachher nach Abprüfung das Grundstück geworden mit noch zig Veränderungen, um hier dann das Baurecht umzusetzen, um die Kita auch zu bauen. Und die Rodung musste auch stattfinden, weil man natürlich auch dort wieder gesetzlichen Vorgaben im Grunde genommen folgen muss. Ich will Ihnen hier einfach alles aufzählen, Sie kennen ja genauso gut, die Baumschutzverordnung sind, zwischen dem 01. März und 30. Oktober dürfen Sie nicht irgendwo irgendwelche Bäume fällen, selbst mit Antrag nicht, ansonsten mit Ausnahmegenehmigung. Das heißt, man muss auch das Gelände vorbereiten, damit die nachfolgenden Baumaßnahmen auch dementsprechend umgesetzt werden. Also bin ich der Überzeugung, dass man hier auch dementsprechend korrekt gehandelt hat. Und ein kleiner Hinweis noch zum Abschluss, das jetzt so zu tun, als wenn man hier kommunalpolitisch versucht, Bürgerinitiativen abzuwürgen, indem man vorzeitig einfach anfängt, hier gewisse Baumaßnahmen zu machen, das ist nicht korrekt. Es ist ganz korrekt hier gearbeitet worden und nach Baurecht und auch nach den Vorgaben der Verwaltung. Und nicht einfach versucht worden, hier ein Projekt umzusetzen und durchzudrücken.

Stadtrat GÜNTHNER:
Ich bin durch eine Bemerkung der Stadtverordneten Schiller eben hellhörig geworden. Auch vielleicht hellhörig über die Frage, wie ernst gemeint das eigentlich ist, was hier mit dem Antrag versucht wird. Frau Schiller hat wörtlich gesagt, ich zitiere, der Erfolg sei verhindert worden, indem Fakten geschaffen worden wären. Der Erfolg des Bürgerbegehrens, das noch gar nicht über genug Unterschriften dahin gekommen ist, dass möglicherweise die Stadtverordnetenversammlung sagt, weil wir das teilen, revidieren wir unsere Entscheidung beziehungsweise sagt, wir teilen das nicht, was bei diesem Bürgerbegehren herausgekommen ist beziehungsweise, dass es genug Unterschriften gegeben hat. Und dann kommt es zu einem Bürger:innenentscheid. Also zu suggerieren, das reine Sammeln der Unterschriften führe schon im Ergebnis dazu, dass dann diese Kita dort nicht gebaut werde. Und das sei unterbunden worden durch das Fällen der Bäume, was rechtlich völlig einwandfrei war, weil die entsprechende Genehmigung dafür auch vorgelegen haben, ist nach meiner Auffassung ein Versuch, hier einen Eindruck zu erwecken, dem man deutlich entgegentreten muss. Und ich finde übrigens, wenn man das große Argument von Politikverdrossenheit und Gefährdung der Demokratie im Mund führt, gehört zur Ehrlichkeit der Debatte dann nämlich auch dazu, darauf hinzuweisen, ja, es ist völlig legitim, Bürgerbegehren zu starten. Ja, und das ist ausdrücklich vorgesehen, und ja, Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt können gegen so ziemlich alles sein, was hier gemacht wird. Das ist ihr gutes Recht. Das ist übrigens auch das Wesen der Demokratie. Und es gibt Stellen, an denen gewinnen sie und es gibt Stellen, an

denen sie eben nicht gewinnen. Und genauso ist das bei dem, was wir im politischen Raum machen. Aber den Eindruck zu erwecken, weil Menschen an irgendeiner Stelle sagen: „Ich möchte nicht, dass vor meiner Tür eine Kita gebaut wird“, oder, „ich möchte nicht, dass in meinem Hinterhof eine Kita gebaut wird, not in my Backyard“, oder, „ich möchte nicht, dass eine Hochspannungsleitung gebaut wird“, oder „ich möchte nicht, dass eine Straße gebaut wird“; oder, „ich möchte, irgendwas“, daraus abzuleiten, dass das dann auch automatisch so passieren müsse, Klammer auf, weil ich irgendjemand politisch dann mit an die Spitze der Bewegung setzt, und versucht, daraus politisches Kapital auch zu schlagen, das ist nicht richtig. Und das hat übrigens auch mit Demokratie nichts zu tun, weil in der Demokratie gehört es eben auch dazu, Entscheidungen zu treffen, auch Menschen Entscheidungen zu erklären. Wir haben das sowohl bei einer frühzeitigen Beteiligung auch der Anwohnerinnen und Anwohner, die informiert worden sind, gemacht. Wir haben in einer Stadtteilkonferenz das ausführlich vorgestellt und haben immer wieder deutlich gemacht, warum nach unserer Überzeugung in der Abwägung an der Stelle mit den Eingriffen, die notwendig sind, es richtig ist, die Kita dort zu bauen. Und deswegen bin ich dem Kollegen Allers auch dankbar, dass er noch mal auf die ganze Debatte um Alternativstandorte hingewiesen hat. Sie haben, Frau Schiller, den Eindruck erweckt, die hätten super Alternativvorschläge gemacht und die werden hier leichtfertig vom Tisch gewischt worden. Und das hätte alles da prima funktioniert, baurechtlich, der Kollege Schomaker, der Alt-Kollege, hat als Dezernent darauf hingewiesen, an welchen Stellen es baurechtlich nicht funktioniert hat, an welchen Stellen Parkgelände betroffen gewesen wäre, an welchen Stellen es von der Fläche nicht gereicht hat, an welchen Stellen eine Kita bereits ist und man nicht sagen kann, na ja, da ist eine Kita, da ist ein grünes Außengelände, da bauen wir jetzt mal noch eine weitere Einrichtung drauf, wenn man weiß, wenn man sich ein bisschen mit dem Thema beschäftigt hat, wie viele Quadratmeter Außenfläche dann auch für die Kinder gegeben sein muss. Insofern sind diese Themen alle seriös abgeprüft worden. Letzte Bemerkung, und das geht, Herr Kollege Kaminiarz, in die Richtung, die ich eben auch bei dem anderen Punkt hatte, Sie haben so, also Wald einfach fällen ließ, wir hätten einfach so den Wald fällen gelassen, einfach so. Also einfach so Wald fällen, Bebauungsplan, der das zulässt, Waldumwandlung, die genehmigt worden ist, Einzelbaumfällung, die genehmigt worden ist, haben die einfach so trotzdem so fällen lassen, obwohl das vorgelegen hat. Und letzte Bemerkung, wenn Sie dann noch hinterher schieben, übrigens, Sie wissen, wie das Verfahren ist, Sie haben sich ja auch die Akten angeguckt, Sie wissen übrigens auch, wie Bauverfahren insgesamt funktionieren. Zitat: „Mit dem Bau ist noch nicht begonnen worden.“ Ja, man kann das als faktische Feststellung versuchen, zu deklarieren, oder es geht in so eine Richtung, da werden einfach Bäume gefällt, obwohl das nicht notwendig gewesen wäre. Und rechtlich ja auch ganz schwierig. Und dann ist mit dem Bau noch nicht begonnen worden. Dabei wissen Sie ganz genau, erstens, die Bäume mussten gefällt werden, damit man in dem Zeitfenster, indem Baumfällungen möglich sind, bleiben kann. Zweitens, das, was an Voruntersuchung jetzt weiter notwendig ist, der Kampfmittelräumdienst und archäologische Grabungen, die dort stattfinden, das könnten Sie als langjähriger Stadtverordneter alles wissen. Und dementsprechend sind wir dort auch im Zeitplan. Und deswegen, ich stimme Herrn Timke ungern zu, also das nehmen mir, glaube ich, alle ab. Aber der Einstiegshinweis von Ihnen, es sei ein kruder Antrag, trifft es auf den Punkt. Und deswegen bin ich der großen Mehrheit hier im Haus dankbar, dass Sie diesen Antrag auch entsprechend ablehnen.

Stadtverordneter KAMINIARZ:
Ich musste mich unter anderem deswegen melden, weil ich hier tatsächlich ein paar Sachen richtig darstellen muss. Ich bin tatsächlich erschrocken, entweder über die Unkenntnis oder über die bewusste Falschdarstellung, insbesondere von Ihnen, Herrn Günthner, aber auch Herr Allers, Sie auch, Sie wollten meine Zwischenfrage nicht beantworten, deswegen muss ich mich jetzt noch mal melden. Die Mär von den

Alternativstandorten, ich weiß von keinem Alternativstandort, der ernsthaft geprüft worden ist. Ich weiß aber, dass die Bürger sieben verschiedene in der Umgebung, vorgeschlagen haben. Ja, da gab es Probleme mit dem Baurecht. Sie halten es durchaus für normal, einen Bebauungsplan von 1985 als Grundlage zu nehmen, um hier mit einem, wohlgemerkt, die Stadt baut ja noch nicht mal, Herr Günthner, ich bin begeistert, was Sie so alles über Einzelheiten vom Investor offensichtlich wissen, es freut mich sehr. Dass man diesen Bebauungsplan von 1985 nimmt, nochmals, da gab es keinen Klimawandel, es gab keinen Hitzeschutzaktionsplan und es gab kein Schwammstadtprojekt. All das übrigens, was jetzt gerade so betont, dass wir bestehende, langjährig gewachsene Waldflächen in den Innenstädten eben nicht angehen sollen, weil sie im Hitzeschutz hervorragend sind. Weil es nichts bringt, in Surheide am Weg 91 eine Ersatzpflanzung für einen Wald zu machen, den ich mitten im bebauten Lehe umlege. Die Klimaschutzstrategie, gucken Sie doch mal rein, Herr Günthner, ist lustig zu lesen, steht drin, man sollte alte Waldflächen erhalten. Aber nein, Ihnen ist, wenn ich das richtig verstanden habe, ein Parkgelände auf einer Alternativfläche wichtiger. Dann legen wir lieber den Wald um, wir als Stadt wohlgemerkt, nicht der Investor, Sie haben es gemacht. Das ist alles, natürlich, kann man vertreten, aber ist es das, was wir, also Sie widersprechen sich einerseits hier, so einen Hitzeschutzaktionsplan zu entwickeln und beschließen zu lassen oder auch die Klimaschutzstrategie gerade. Und dann genau das Gegenteil zu tun, was da drinsteht, genau das Gegenteil. Und dann gibt es Bürger, die sagen: „Das finden wir nicht gut.“ Und denen sagen Sie: „Ja, der B-Plan von '85“, vielleicht auch von 1923, ist mir egal, „der alte B-Plan“, der allerdings in Zeiten außerhalb des Klimawandels und seinen Folgen erlassen worden ist, „der erlaubt das halt.“ Das mögen Sie für rechtmäßiges Handeln halten, das ist es vermutlich auch, aber ist es politisch klug grundsätzlich. Und ist es in Zeiten, in denen die Demokratie so unter Feuer steht, demokratisch klug, so zu handeln? Das glaube ich eher nicht. Mit dem Antrag wollen wir übrigens auch nichts Unmögliches. Jetzt steht schon im Ortsgesetz über Bürgerbeteiligung, dass wenn die Unterschriften gesammelt worden sind, sowieso suspensive Verwirkung eintritt. Das heißt, dann darf der Magistrat nicht handeln. Genau das, was wir hier beantragen, wir wollen es nur ein bisschen vorverlegen. Wir wollen den Menschen eine Chance geben, in einer gewissen Zeit Unterschriften zu sammeln. Herr Timke ist jetzt gerade nicht da, fand ich ein lustiges Beispiel, kommt natürlich laufend vor, aber das ist hiermit gar nicht gemeint. Sondern hiermit ist tatsächlich gemeint, dass sich Bürgerinnen und Bürger Gedanken machen, sich engagieren und dann kommt die Stadt und legt das alles um. Nochmals, legt es alles um, wenn der Bauherr, der einst, dem wir die Fläche ja dann verkaufen, Herr Günthner, stellen Sie es richtig, wenn das jetzt nicht mehr geplant ist, wenn wir dem also die Fläche verkauft haben und er dann eine Baugenehmigung beantragt, vielleicht hat er die auch schon beantragt, in den Händen hält, dann kann er fällen, wann er will über das Jahr durch, es ist egal, was die Baumschutzsatzung sagt. Das ist eine Konzentrationswirkung, Sie können beim Rechtsamt kurz nachfragen, dann kann ich mit der Baugenehmigung alles fällen, was ich möchte. Ich muss nicht im Januar fällen, ich kann abwarten, bis das Ding dasteht. Und nochmals, ja, bis heute ist da kein Baubeginn. Und ich würde mich wundern, wenn Sie das in den nächsten zwei, drei Monaten hinkriegen. Wir haben hier von einem viel kürzeren Zeitraum gesprochen, den man hätte nach unserer Ansicht locker abwarten können. Das können Sie jetzt versuchen, mit Sachargumenten zu entkräften, faktisch ist es nicht so. Herr Günthner, Sie haben eben gesagt, das ist ja ein komisches Demokratieverständnis. Nein, hier geht es nicht um Demokratieverständnis, ich drehe das mal um, hier geht es um Ihr Machtverständnis. Ich bin an der Macht, ich kann machen, was ich will, ich bin durch die Wahlen demokratisch legitimiert, ich kann loslegen. Ja, das stimmt, das ist der eine Satz. Der andere ist aber, unsere Verfassung sieht eben vor, dass Beschlüsse auch direkt demokratisch durch die, die Sie gewählt und mich gewählt haben, gefällt werden können, das nennt man direkte Bürgerbeteiligung. Und darum geht es in diesem Falle. Wenn Sie jetzt sagen, mein Machtverständnis sagt aber, ich bin dann wichtiger, diese direkte Demokratie,

brauche ich nicht beachten, im Gegenteil, denen kann ich das Gefühl vermitteln, mach doch ruhig, ich habe da einen 40 Jahren alten Bauplan und dann mache ich irgendwas, dann braucht ihr euch nicht mehr zu engagieren, weil das Ziel, was ihr erreichen wollt, den Schutz der Bäume, das ist dann nicht mehr zu erreichen, weil die Bäume weg sind. Dann ist das natürlich, aus meiner Sicht, ein komisches Machtverständnis. Gut, letzter Punkt, ja, wir haben in die Akten geguckt, wir gucken auch weiter rein. Ich kann Ihnen jetzt schon prophezeien, dieses Thema Weichselstraße, insbesondere seine Art und Weise, wie das hier durchgedrückt wird, ob das mit Vergaberecht legal ist oder ob es eine doppelte Umgehen ist, wir werden dieses Thema noch hier noch weiter behandeln, das verspreche ich Ihnen.

Stadtverordneter SCHUSTER:
Herr Raschen, Sie haben eben gesagt, es geht ja um den Antrag und als Überschrift steht „Engagement von Bürgerinnen und Bürgern ernst nehmen“. Ja, man kann einem Antrag zustimmen oder man kann einen Antrag ablehnen. Da bin ich ganz bei Ihnen. Das werden wir hier entscheiden, da gebe ich Ihnen recht. Herr Allers, Sie haben eben von der Politikverdrossenheit gesprochen, da macht sich, glaube ich, jeder von uns Gedanken drüber in der heutigen Zeit. Das ist sicherlich richtig. Was ich nur nicht verstehe ist, wenn Herr Kaminiarz, Entschuldigung, wenn ich das jetzt so sage und ganz besonders Frau Schiller, die von Demokratie sprechen, die in Gefahr ist, dann möchte ich doch mal wissen, was Sie damit eigentlich meinen. Das müssen Sie uns schon mal ein bisschen erläutern. Und Frau Schiller, Sie haben auch gesagt, Sie haben ja die Petition angesprochen und den Ausschuss, wir hatten ja vorgestern erst den Ausschuss. Und ich weiß nicht, wie Sie darauf kommen, dass dort man nur fünf Minuten reden darf. Das ist vielleicht so üblich, dass man fünf Minuten sprechen kann, aber wenn der Ausschuss entscheidet, dass man länger sprechen darf, dann dürfen die eben, die das geäußert haben, auch länger sprechen, das beschließen wir ja da in diesem Ausschuss. Da frage ich mich, haben Sie da geschlafen oder lügen Sie bewusst? Also das muss man sich hier schon mal, diese Frage stellen. Wenn Sie so weitermachen, dann sind Sie diejenigen, wo die Demokratie in Gefahr ist, das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen. Und so gehen Sie auch mit uns um. Sie müssen sich mal überlegen, Sie sitzen im Vorstand der Stadtverordnetenversammlung oder im Vorstand hier. Ihr Verhalten, das lässt zu wünschen übrig, das sage ich Ihnen hier ganz offen und ehrlich. Kann jeder Bürger auch wissen, wie Sie hier vorgehen. Denn Sie leben nicht mehr in der Demokratie, tut mir einfach leid, das mal sagen zu müssen. Und dieser Antrag der Grünen ist auf jeden Fall abzulehnen. Ich werde ihn zumindest ablehnen. Und wenn Sie möchten, dass die Bürgerinnen und Bürger mal wieder die etablierten Parteien für voll nehmen, und dazu gehören ja auch eigentlich die Grünen, diese Umfrageergebnisse sehe ich aber bei Weitem bei Ihnen nicht. Sie sind im Sinkflug, Sie sind im Bund im Sinkflug, Sie sind im Land im Sinkflug. Das sieht man ganz deutlich an Ihrer Politik, wie gesagt, in Berlin, in Bremen, leider auch hier in Bremerhaven. Ich finde es ganz gut, dass die Umfragewerte nach unten gehen, sage ich auch ganz offen und ehrlich. Wir müssen Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen und das geht anders, als wie Sie mit Ihren Anträgen ständig hier in der Stadtverordnetenversammlung immer wieder so lange vorgehen, dass wir hier wichtige Sachen, dass wir da gar nicht weiterkommen und die gar nicht besprechen können.

Stadtverordneter JÜRGEWITZ:
Herr Kaminiarz, dass der Klimawandel 1985 noch nicht existierte, erstaunt mich jetzt erst mal, aus Ihrem Mund. Das muss ich ehrlich sagen. Aber egal, dann ist er wohl relativ frisch. Frau Schiller, kaum jemand ist so schrill wie Sie hier in diesem Parlament. Und wie das Wahlergebnis vorhin gezeigt hat, bin offensichtlich nicht nur ich dieser Auffassung. Sie sprechen von Direktbeteiligung der Bürger, Sie sprechen davon, die Bürger sollen ernst genommen werden, von Bürgerbegehren, die Bürger

sollen sich engagieren. Ja, aber aus Ihrer Sicht, Frau Schiller ja nur für Ihre Themen, nicht für andere Themen, also nur für grünen und sozialen Schnickschnack. Frau Schiller, wie wäre es denn, wenn die Bürger sich beteiligen würden, wenn Sie ein Begehren begehren würden, ich bleibe mal kommunal, zum Beispiel keine Asylbewerberheime in Bremerhaven oder kein Bürgergeld für Faule in Bremerhaven oder zügige Abschiebung aus Bremerhaven oder härtere Bestrafungen von ausländischen Straftätern in Bremerhaven oder keine Kopftücher in Bremerhaven. Wie würden Sie denn damit umgehen, mit diesem Bürgerbegehren? Was ist dann mit Ihrem Demokratieverständnis, Frau Schiller? Ja, die Demokratie ist in Gefahr mit solchen Leuten wie Sie. Wenn Sie hier von den Grünen mitregieren würden, dann hätten wir schon solche Verhältnisse, wie Sie sie hier dauernd beantragen, wie auch in diesem Antrag. Und insoweit kann man das nur ablehnen und in aller Schärfe zurückweisen. Danke schön.

Keine weiteren Wortmeldungen
Beschluss:
Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 7 Ja-Stimmen (GRÜNE+P, MÖWEN, Kocaaga).

TOP 4.2 **Bremerhavener Schulen brauchen die Richtlinie für nicht-unterrichtendes pädagogisches Personal (SPD, CDU, FDP)** **StVV - AT 14/2025**

Stadtverordnete CZAK:
Ich möchte Sie aufrufen, uns gemeinsam durch Beschluss dieses Antrags zusammen zu tun und unseren Schuldezernenten Rückenwind zu geben bei der Aushandlung einer Richtlinie für nicht-unterrichtendes pädagogisches Personal. Warum ist das wichtig? Es gibt seit 2020 ein Finanzzuweisungsgesetz, indem festgeschrieben ist, dass jährlich 100 Prozent der laufenden Personalausgaben für unterrichtendes und nicht-unterrichtendes pädagogisches Personal erstattet werden müssen durch das Land an die Kommunen oder, ja, genau, an die Stadt Bremerhaven. Das wird zumindest für das unterrichtende Personal im Rahmen der Landeszuweisungsrichtlinie für Lehrkräfte bereits seit 2016 auch adäquat durchgeführt. Wir haben aktuell 138 nicht besetzte Stellen an Lehrkräften. Von diesen nicht besetzten Stellen können dann auch immer noch mal durch Aushandlung aktuell mit dem Land Finanzmittel nach Bremerhaven geholt werden, um nicht-unterrichtendes pädagogisches Personal zu finanzieren, aber das ist halt eine Aushandlung. Und das ist jeweils immer schwierig. Man streitet sich um Geld, wir haben alle nicht so viel Geld. Wenn wir jetzt eine Richtlinie hätten für nicht-unterrichtendes pädagogisches Personal, gäbe es klare Richtlinien, klare Regeln, welche Kosten, wie zu erstatten sind. Schule ist Multiprofessional, wir reden nicht mehr nur von Lehrkräften, wir haben auch viele andere Professionen dort vor Ort. Und gerade auch diese nicht besetzten Lehrkräfte-Stellen, also 138 in diesem Schuljahr, werden oftmals dann durch pädagogische Unterstützungskräfte teilweise aufgehoben, sodass Unterricht stattfinden kann. Und ich denke, dass das eine gute Sache ist, wenn wir uns auch gemeinschaftlich dafür einsetzen. Und wie gesagt, unserem Dezernenten Rückenwind geben, damit es auch endlich eine Zuweisungsrichtlinie für nicht-unterrichtendes Personal gibt. Und damit auch die Einhaltung des Finanzzuweisungsgesetzes sichergestellt ist, ohne dass wir ständig mit Bremen dort im Streit sind, welche Mittel nach Bremerhaven kommen. Ich bitte um Ihre Unterstützung.

Stadtverordnete ZEEB:
Ich mache es ganz kurz. Unsere Schulen stehen vor wachsenden Herausforderungen, sozial, pädagogisch und organisatorisch. Um diesen gerecht zu werden, braucht es mehr als guten Unterricht. Es braucht starke multiprofessionelle Teams an jedem Schulstandort. Nicht-unterrichtendes pädagogisches Personal wie beispielsweise pädagogische Fachkräfte, Schulsozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter etc. ist längst unverzichtbar geworden. Ohne diese Berufsgruppen ist ein geregelter, unterstützender Schulbetrieb kaum noch denkbar. Deshalb unterstützen wir den vorliegenden Antrag analog zur bestehenden Landeszuweisungsrichtlinie für Lehrkräfte, Verhandlung über eine Landeszuweisungsrichtlinie für nicht-unterrichtendes Personal, unter Berücksichtigung des Finanzzuweisungsgesetzes wieder aufzunehmen und zeitnah abzuschließen.

Stadtverordnete BRINKMANN:
Auch wir werden dem Antrag zustimmen. Ja, ist richtig, Bremerhaven braucht eine Zuweisungsrichtlinie für das nicht-unterrichtende Personal. Ist natürlich bedauerlich, dass uns über 130 Lehrkräfte fehlen, also Lehrer. Aber wir müssen das ja irgendwie auch ausgleichen können, dass jetzt auch praktisch das Geld, das 100-prozentig erstattet wird, was wir an nicht-unterrichtendes pädagogisches Personal einstellen. Was mich allerdings wundert, warum jetzt erst darauf geachtet wird. Warum das jetzt erst kommt. Ich weiß nicht, ist das der Haushaltslage geschuldet? Also wir werden dem Antrag zustimmen.

Stadtrat Prof. Dr. HILZ:
Ich freue mich sehr über diesen Antrag, weil er uns noch mal in der Verhandlung mit dem Senat Rückenwind gibt, hier zu einem Abschluss zu kommen. Die Verhandlungen waren ins Stocken geraten aus verschiedenen Gründen. Mit Amtsantritt habe ich versucht, sie wieder aufzunehmen, sie sind jetzt am Laufen. Also wir sprechen im Moment, auch um mal Zahlen zu nennen, um über etwa 350 Personen, die in unseren Schulen als nicht-unterrichtendes pädagogisches Personal aktiv sind und die knapp 1.388 Lehrkräfte dort unterstützen. Sie sind Erzieherinnen und Erzieher, Kinderpfleger, sozialpädagogische Assistenten, Sozialpädagogen, Psychologen, also es ist ein multiprofessionelles Team, Heilerziehungspfleger sind auch noch mit in unseren Schulen aktiv. Und bisher ist es so, dass das Finanzzuweisungsgesetz vorsieht, dass das Land den beiden Stadtgemeinden alle Stellen entsprechend, sämtliches Personal erstattet. Es gibt aber keine Bemessungsgrenze, wie viel tatsächlich dann pro Schüler, pro Klassenverband oder pro Gruppengröße im Ganztag zum Beispiel, tatsächlich eingestellt werden dürfen. Und insofern ist es immer am Jahresende ein großes Hin und Her zwischen der Senatsverwaltung und der Haushaltsabteilung bei uns im Schulamt, um teilweise einzelne Personen oder halbe Stellen zu rechtfertigen, warum diese dann in das nicht-unterrichtende pädagogische Personal gezählt werden müssen oder dürfen, obwohl sie ganz offensichtlich in den Schulen mit Kindern, mit Schülerinnen und Schülern entsprechend arbeiten. Wir haben unterschiedliche Systeme in den beiden Stadtgemeinden, das ist ein Grund, warum es seit 2020, seit das Finanzzuweisungsgesetz gilt, noch keine Zuweisungsrichtlinie ist. Wir als Magistrat haben alle Beschäftigten, die in Schule aktiv sind, als Magistratsbeschäftigte angestellt. In Bremen ist ein großer Teil der, insbesondere im Ganztag beschäftigten des schulischen Personals über die Stadtteilschule e. V. angestellt, also über ein Verein. Und das führt eben auch zu unterschiedlichen Berechnungen. Also das ist eigentlich der Grund, Frau Brinkmann, warum das jetzt wieder aufgetaucht ist. Und warum wir jetzt in den Verhandlungen sind. Ich bin eigentlich ganz guter Dinge, dass wir, ja, zum Abschluss kommen mit dem Staatsrat für Schulen von der Senatorin für Kinder und Bildung haben wir ein Verfahren vereinbart, dass wir bis zum Ende des Jahres hier einen Entwurf vorlegen können beziehungsweise der Senat diesen

Entwurf vorlegt. Aber, und das muss man auch immer sagen, aber da es um Geld geht, ist auch der Senator für Finanzen involviert. Und dieses Dreiergespann, also Senator für Finanzen, Senatorin für Kinder und Bildung, Magistrat der Stadt Bremerhaven, das ist ein durchaus komplexes auch Zahlenwerk, was am Ende hinterlegt ist. Deswegen ist es von entscheidender Bedeutung, wie ich finde, diesem Antrag auch eine breite Mehrheit zu geben, um auch in Richtung Bremen deutlich zu machen, das, was im Finanzzuweisungsgesetz steht, der Senat, das Land übernimmt die Kosten für sämtliches pädagogisches Personal in Schulen. Und dafür gibt es eine Richtlinie, die genau zumisst, wie viel Personal steht dann den Schülerinnen und Schülern noch zur Verfügung, das brauchen wir dringend. Wir hätten es schon vor ein paar Jahren gebraucht, aber jetzt ist es wirklich Zeit, das zu machen. Und deswegen bedanke ich mich bei allen, die diesem zustimmen, werbe noch mal bei allen, die noch zweifeln, um Zustimmung. Und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Stadtverordneter KOCAAGA:
Der Antrag fordert eine Richtlinie, um die Zuweisung von Personal besser zu regeln. Das ist richtig – und auch wichtig. Klar ist ebenso: Mit steigenden Schülerzahlen und höheren Löhnen steigen zwangsläufig auch die Kosten. Das ist uns allen bewusst. Der Antrag benennt zwar ein echtes Problem, bleibt aber an der Oberfläche. Schulen brauchen keine bloße Problemidentifizierung, sondern konkrete Lösungen. Wenn man genauer hinschaut, erkennt man, dass dieses Problem bereits seit Jahren besteht. In dieser Zeit hat die Koalition, die jetzt nach mehr Unterstützung ruft, entweder nicht reagiert oder den Zustand stillschweigend akzeptiert. Daher stellt sich die Frage: Warum haben Sie bisher nicht gehandelt? Man hätte längst klare Regelungen schaffen und über diese mehr Mittel für das nichtunterrichtende Personal an den Schulen durchsetzen können. Immer wieder wird betont, wie unverzichtbar die multiprofessionellen Teams sind – also Schulsozialarbeiter:innen, Inklusionskräfte und pädagogische Mitarbeiter:innen. Gerade in Bremerhaven bestehen gravierende schulische Probleme: Es fehlen zahlreiche Lehrkräfte, was zu Unterrichtsausfällen führt und die Belastung des verbleibenden Personals erhöht. Maßnahmen zur Stärkung pädagogischer Unterstützungskräfte sollen helfen, diese Probleme abzumildern – doch die Herausforderungen bleiben groß. Wie Herr Hilz eben betont hat, besteht das entsprechende Gesetz bereits seit 2020. Umso mehr verwundert es, dass bis heute keine entsprechende Richtlinie auf Landesebene eingefordert wurde.

Erste Beisitzerin VON TWISTERN:
Herr Kocaaga, meine Vorredner haben eigentlich schon wirklich alles gut erklärt und auch das Wichtigste gesagt. Und ich möchte Ihnen deshalb nur in einem Punkt einfach Ihnen noch mal widersprechen. Es ist nicht richtig, dass die Koalition in den vergangenen Jahren überhaupt nichts zu diesem Bereich getan hat. Wir haben als das begann mit den Ganztagsschulen, die nicht-unterrichtenden pädagogischen Damen und Herren erst mal aus unserem Haushalt bezahlt. Und irgendwann war der inzwischen ja nicht mehr hier amtierende Stadtrat Frost mit der Koalition zusammen auf dem Weg. Und haben erreicht, durch unsere Anträge, auch in der Bürgerschaft, dass wir Geld bekommen für das nicht-unterrichtende Personal. Es gab keine Landeszuweisungsrichtlinie, ja, das ist richtig. Aber wir haben einen Betrag damals von 14 Mio. Euro zugesichert bekommen, der auch jedes Jahr gekommen ist. Diese Summe reicht aber nicht mehr aus. Unsere Schulen sind gewachsen. Wir haben neue Schulen dazubekommen. Das heißt, im Moment, das können Sie auch der Vorlage entnehmen, im Moment liegen wir bei circa 15,5 Mio. Euro, die uns diese Personen kosten. Aber wir kriegen nach wie vor immer noch diese 14 Mio. Das heißt, es hat also A keine Anpassung gegeben in Bremen und es ist nicht auf wirklich verlässliche Füße gestellt worden. Nämlich so eine Zuweisungsrichtlinie, nach der das genau berechnet wird. Ich weiß, das Herr Frost damit schon begonnen hat mit dieser Arbeit auch in unserem Auftrag. Herr Dr. Hilz hat das jetzt aufgenommen als Aufgabe. Wir

haben uns weiterhin darüber unterhalten und das ist ein erneuter Vorstoß der Koalition hier in Bremerhaven, dass wir das für unsere Stadt und für unsere Schulen in die richtigen Wege leiten. Also bitte, nicht, wir haben nie irgendwas getan und geschlafen, sondern wir haben durchaus sehr aktiv, sehr proaktiv dafür gesorgt, diese 14 Mio. zu bekommen. Und möchten aber jetzt, dass das Ganze in ganz solide Bahnen gegossen wird. Und wir dann auch immer angepasst das bekommen, was wir wirklich brauchen.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

1. Der Magistrat wird beauftragt, umgehend die Verhandlungen über eine Zuweisungsrichtlinie für nicht-unterrichtendes pädagogisches Personal wiederaufzunehmen und zeitnah zum Abschluss zu bringen.
2. Beim Land auf die Einhaltung des Finanzzuweisungsgesetzes zu drängen und auf eine 100-prozentige Erstattung der Personalkosten für nicht-unterrichtendes pädagogisches Personal zu bestehen.
3. Über die Fortschritte hat der Magistrat dem Ausschuss für Schule und Kultur halbjährlich nach Beschlussfassung zu berichten.

Der Beschluss ergeht bei 2 Nein-Stimmen (AfD).

TOP 4.3 **Frauenberatungsstelle Zukunft im Beruf (ZIBnet) in Bremerhaven erhalten (Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P)** **StVV - AT 15/2025**

Beschluss:
Der Antrag wird vertagt.

TOP 4.4 **Die Zukunft der Häfen in Bremerhaven (Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P)** **StVV - AT 16/2025**

Beschluss:
Der Antrag wird vertagt.

TOP 4.5 **Nutzung der Wärmepotentiale von Nordsee und Weser für die Fernwärmeversorgung von Bremerhaven (Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P)** **StVV - AT 17/2025**

Beschluss:
Der Antrag wird vertagt.

TOP 4.6 **Hafentunnel als zentrale Zufahrt zum Hafen stärken (SPD, CDU, FDP)** **StVV - AT 18/2025**

Beschluss:
Der Antrag wird vertagt.

TOP 4.7 **Gebühren für die Nutzung von Außenflächen neu regeln - Abschaffung der sog. „Terrassensteuer“ (BD-Fraktion)** **StVV - AT 19/2025**

Beschluss:
Der Antrag wird vertagt.

TOP 4.8 **Weiterentwicklung der SAIL Bremerhaven – familienfreundlicher, moderner, attraktiver (BD)** **StVV - AT 21/2025**

Beschluss:
Der Antrag wird vertagt.

TOP 5 **Anfragen**

Beschluss:
Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die folgenden Anfragen zur Kenntnis.

TOP 5.1 **Bearbeitungsrückstände Wohngeld-Plus-Gesetz (GRÜNE + P)** **StVV - AF 17/2025**

TOP 5.2 **Sprachbildungsangebot Mama lernt Deutsch – Papa auch (GRÜNE + P)** **StVV - AF 18/2025**

TOP 5.3 **Sachstand zur Bearbeitung der Anträge im Bereich Bildung und Teilhabe (GRÜNE + P)** **StVV - AF 19/2025**

TOP 5.4 **Politisierung der SAIL und mangelnde Neutralität? (BD)** **StVV - AF 20/2025**

TOP 6 **Mitteilungen**

Beschluss:
Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die folgenden Mitteilungen zur Kenntnis.

TOP 6.1 **Entwicklung und Förderung des Kinder- und Jugendfußballs in Bremerhaven (FDP-Fraktion)** **MIT-AF 16/2025**

TOP 6.2 **Bearbeitungsrückstände Wohngeld-Plus-Gesetz (GRÜNE + P) - Tischvorlage** **MIT-AF 17/2025**

TOP 6.3 **Sprachbildungsangebot Mama lernt Deutsch – Papa auch (GRÜNE + P) - Tischvorlage** **MIT-AF 18/2025**

TOP 6.4 **Sachstand zur Bearbeitung der Anträge im Bereich Bildung und Teilhabe (GRÜNE + P) - Tischvorlage** **MIT-AF 19/2025**

TOP 6.5 **Politisierung der SAIL und mangelnde Neutralität? (BD) - Tischvorlage** **MIT-AF 20/2025**

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN schließt die Sitzung um 19:26 Uhr.

T. von Haaren
Stadtverordnetenvorsteher

Stadtverordnete:r

M. Jährling
Schriftführung